

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abohmentpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 M., für 2 Monate 1,40 M., für 1 Monat 70 Pf. egl. Bestellgeld.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Abserate werden die 5gespaltene Pettyzelle oder deren Raum mit 25 Pf. für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf. berechnet. Schwieriger Sach nach höherem Tarif. — Der Vertrag ist im voran zu bezeichnen. — Schluß der Abnahme von Abseraten für die fällige Nummer frühestens 9 Uhr. — Ausgegebene Abserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 19/21. Geschäftsstelle 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Der Herr Generalbaumarschall.

* Leipzig, 21. Januar.

I. Genöhnlich stellt man sich unter einem Feldherrn einen Mann vor, der mit großer Klugheit seine Truppen kennt und auf dem Schlachtfeld blutige Vorberichte einheimszt. Der momentan bedeutendste General Englands, Lord Kitchener, ist aber von anderer Art, denn nicht im hauenden Säbel, in der schießenden Flinten und Kanonen erblickt er das Mittel zum Sieg, sondern im Zollstab, im Hammer und Nagel, kurz in dem eigentlich recht friedlichen Handwerk eines Baumeisters. Diese Eigentümlichkeit bewies er schon im Sudan, wo er als Sirdar 1896—1898 die Kämpfe gegen die Dervische befehlte. Damals bestand seine Haupttätigkeit auch nicht im Schlachten schlagen, sondern in der nüdlichen Herstellung endloser Eisenbahlinien, die ihm den Proviant, Munition und was sonst zur Erhaltung einer Armee notwendig ist, durch die Wüste nachführen mußten. Zuerst baute er die 100 Kilometer lange Eisenbahnstrecke von Wadi Halfa nach Aschsch. Nachdem er damit fertig war, machte er vorübergehend ein wenig in eigentlicher Feldherrschaft, indem er die südlich von Aschsch stehende Avantgarde der Dervische überfiel. Dass Kitchener dabei besonders „schnellig“ vorging, kann man gerade nicht behaupten, vielmehr folgte er eher jene Vorsicht, die die Mutter der Weisheit ist und verlässige Baumeister auszeichneten pflegt. Um nämlich die zum größten Teil nur mit Speeren bewaffneten Dervische ganz gewiß zu schlagen, rückte er gegen die „Wüstenähne“ mit drei facher Überlegenheit an! Die großartige Operation gelang denn auch vollkommen, die Dervische wurden zerstreut und gegen Dongola getrieben. Nachdem der große englische Feldherr diese Heldenat hat vollbracht hatte, stellte er seinen Sabat wieder ein und griff wieder zum alleinseigmachenden Zollstab, um Hammer und Nagel, d. h. er etablierte sich wieder als Eisenbahnbaumeister. So ließ er dem die Bahn von Aschsch nach Süden weiterführen und stellte in der Folgezeit nach und nach Bahnen in der Gesamtlänge von tausend Kilometer her, was ungefähr der Entfernung Mel-Thorn entspricht. Als diese Bahnen in dem freilich sehr kurzen Zeitraum von anderthalb Jahren vollendet waren, zeigte Kitchener sich wieder ein wenig als Feldherr. Es schlug die Dervische, von denen nur ein Fünftel mit Gewehren bewaffnet war, bei Atbara und sterben.

Ebenso wie vor drei Jahren im Sudan verläßt sich Kitchener jetzt auch in Südafrika viel mehr auf den geliebten Zollstab, auf die edle Baukunst, als auf Granaten, Shrapnels und Flintenkugeln. Mit einer Originalität, die in der Kriegsgeschichte einzig darstellt, sucht er die Buren durch sein Blochhaussystem zu unterwerfen. Die Blochhäuser sind sechzehn Paraden aus Wellenblech, das ja auch in Deutschland vielfach zur Herstellung interimsistischer Unterkunftsräume verwendet wird. Zwischen den äußeren und inneren Wand befindet sich eine Schicht Sand, die einen guten Schutz gegen Hitze und auch Kälte sowie gegen Gewehrfügeln bildet.

Das Gewehrfeuer der Buren kann dann auch den Bewohnern der Blochhäuser nicht schaden, vorausgesetzt, daß die Geschosse nicht den Weg durch die Schießscharten finden.

Derartige Blochhäuser hat der Generalbaumarschall Kitchener bis jetzt in sehr respektabler Zahl aufzuführen lassen. Zuerst legte er an den Bahnen und besonders wichtigen Straßen Blochhäuser in der Entfernung von 2½ Kilometer an, dann ließ er zwischen je zwei solchen Paraden eine dritte hinzubauen, so daß sich die Entfernung von Blochhaus zu Blochhaus auf 1200 Meter verkürzte. Und jetzt sollen diese imponierenden Monumente Kitchenerscher Feldherrnkunst auf vielen Strecken schon alle 600 Meter zu sehen und noch dazu mit Stacheldrähten verbunden sein, damit ja kein Bure durchkreuzen kann. In jede der Paraden können ca. fünfzehn Mann gelegt werden.

Wie einzig Sr. Vorsicht den Bau seiner Blochhäuser betreibt, beweist die Thatshache, daß an den Bahnen eine Blochhauslinie von 4400 Kilometer, außerhalb der Bahnen eine solche von 1800 Kilometer zu verzeichnen ist. Die Blochhauslinien ergeben also aneinandergereiht eine Strecke von 6200 Kilometer.

Nun ist zwar nicht zu erkennen, daß der Gedanke, die Burenstaaten mittels Blochhäuser und Stacheldraht zu erobern, originell ist, ob er jedoch den gewünschten Erfolg haben wird, steht dahin. Erstens dürfte es nicht gut möglich sein, den Freistaat und Transvaal, die zusammen nahezu den Flächeninhalt des deutschen Reiches haben, vollkommen unter ein Draht- und Blochhausnetz zu bringen, und zweitens taucht die Frage auf, woher England auf die Dauer die Besatzungsmaßnahmen nimmt. Da, wie erwähnt, im ganzen eine Blochhauslinie von 6200 Kilometer verhanden ist, so muß die Zahl der Paraden, auch wenn man ihre gegenseitige Entfernung durchschnittlich nur mit 1000 Metern ansetzt, doch 6200 betragen. Schwächer als sechs Mann kann die Besetzung eines Blochhauses kaum sein, da sie ja andererfalls gar nicht die Kraft zur Abwehr feindlicher Angriffs- und Durchbruchversuche hätte. Auch müssen ständig Posten ausgestellt werden zur Überwachung des umliegenden Geländes. Für einen einzigen Posten aber sind bei zweistündiger Wachzeit schon drei Mann nötig. Nimmt man die durchschnittliche Besetzung eines Blochhauses auch nur mit sechs Mann an, so fordern sämtliche Paraden doch 37 200 Mann. Dabei kommt weiter in Betracht, daß die Leute unmöglich längere Zeit hindurch in den Blochhäusern bleiben können, da gerade der Wachdienst gegen einen rüchtigen Feind förderlich und feindselig sehr aufreibt. Daher müssen Ablösungen in mannschaften für die Blochhausbesetzungen, also nochmals 37 200 Mann, bereit sein. Ferner muß auch mit Abgängen durch Tod, Verwundung, Krankheit, gerechnet werden. Diese Einbußen dürfen sich wohl auch ziemlich hoch belaufen, denn besonders gefund wird der Aufenthalt in den Paraden nicht sein und außerdem scheinen die Buren jede Gelegenheit zu benutzen, bei der sie die Besetzungen der Blochhäuser mit blauen Böhnen regulieren können. In Summa werden also die Blochhäuser jetzt schon, obwohl sie noch lange nicht aus-

gebaut sind, 80 000 bis 90 000 Mann erfordern. Selbst Kitchener, der bekanntlich, wie alle Generäle, die nichts fertig bringen, ein hervorragender Schönfärbere ist, giebt zu, daß seine Paraden jetzt schon im ganzen 75 000 Mann absorbieren. Nun sind aber noch weitere Truppen zur Durchstreifung des occupieden Landes, zur Sicherung der eroberten Städte nötig.

Woher aber soll England diese Truppenmassen auf die Dauer nehmen und woher sollen vor allem die weiteren Truppen kommen, die es beim Ausbau seines Blochhausystems braucht? Dazu fallen auch noch die konsularischen Folgen ins Gewicht. Erfahrungsgemäß treffen durchschnittlich auf jeden Kopf der englischen Armee in Südafrika täglich 14 Pf. Kosten. Dies macht auch bei nur 75 000 Mann im Jahr 333 Mill. Pf. Eine solche Ausgabe ist aber für eine Armee, die gar keine Operationen ausführt, sondern nur hinter Schießscharten liegt, doch zu groß.

Dass Kitchener Blochhäuserfindung nichts ist als das stumme Bekennen, daß die englischen „Feldherren“ sich an den Buren sämtliche Zahne ausgebißt haben, ist klar. Will eine Armee vom Fechten nichts mehr wissen, verlegt sie sich auf so Scherze wie Stacheldrähte und Blochhäuser, so erklärt sie damit ihren Bankrott. Es ist wohl noch nicht dargetan, daß derjenige, der gesiegt haben will, sich hinter Schießscharten verkriecht und hier unter ängstlicher Schonung seines heiligen Leibes wartet, bis der angeblich besiegte ihn angreift. Unvorsätzlich fällt uns da das Spottlied ein, das in Scheffels Trompeier von Sätingen, die aufständischen Bauern vor dem Schlosse des Freiherrn singen:

Schlechte Ritter, schlechte Freunde,
Siehen hinter festen Mauern,
Kommt zum ehlichen Gesichte,
Wenn Ihr Mut habt.

Lebriens dürfte an dem geradezu erbärmlichen militärischen Schauspiel, das die Engländer jetzt in Südafrika bilden, nicht zuletzt der moralische Einfluß des Herrn Generalissimus und Generalbaumarschalls Kitchener mit schuld sein. Lord Kitchener wäre mit seiner Ausdauer, seiner Vorsicht, seiner Vorliebe für das Bauhandwerk gewiß ein sehr guter Ingenieur geworden. Aber für einen Oberkommandierenden fehlt ihm die allererste Eigenschaft, nämlich die Courage, ein Ritter auf sich zu nehmen. Dass ihn auch nur die geringste Möglichkeit eines Misserfolges mit Grauen erfüllt, daß er nur dann etwas wagt, wenn er alle Trümpfe in der Hand hat, beweis er bereits im Sudan. Er ist ein Vorsichtsmäuer durch und durch und ein solcher Mann passt nie an die Spitze eines Heeres, denn seine Vorsichtsmeierei führt sehr rasch nach unten ab, und wird hier zur Langsamkeit. Ein Oberfeldherr muß unbedingt den Mut, etwas zu wagen, in sich haben, denn wenigstens eine brenzlige Seite hat fast jede kriegerische Operation. Und absolut sicher ist der Sieg nur in den seltensten Fällen. Deswegen braucht ein solcher General noch lange kein blinder Draufgänger zu sein.

Seuilleton.

Maxima verboten.

Die leibhaftige Bosheit.

Roman von Gustav Wied.

Einzige berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von Mathilde Mann.

Dann drehte er langsam seinen sonderbaren Vogelkopf nach dem Fenster herum.

„Paff, paff, puh!“ sagte er — „das Beden haben sie ja nun glücklich umgestoßen!“

Mamml flog von seinem Stuhl in die Höhe.

„Was haben Sie gehan?“ fragte er. „Das Laubhellen?“

„Ja. Sie haben so lange daran herum geradelt und geradelt, bis es auf der Erde gelegen hat.“

„Das ist ein heilig Gerät!“ sagte der kleine, leichenblöck vor Erregung.

„Das ist es ja; aber das ist denen verdammt gleichgültig.“

Thomjeu fing an, seitwärts auf und nieder zu laufen.

„Hätte man ihn hier! Hätte man ihn hier!“

Und seine Finger krabbelten in der Luft herum.

„Ja,“ nickte der Menschen-Mortensen verständnisvoll.

„Er verdient es weiß Gott nicht besser!“

„Sich an einem heiligen Gerät zu vergreifen!“

„Ja, es war ein gutes Laufbecken!“

„Und es konnte ihn doch nicht genleren, daß es da dranzen im Garten stand!“

„Nein! — Paff, paff! — Aber die Kinder haben es wohl eigentlich gehan!“

„Einerlei, wer es gehan hat!“

„Ach ja! Und er hat sie ja auch selber erzeugt, das Schwein!“

„Wenn man doch das Gehöft gleich im Augenblick zurückkaufen könnte!“ sagte Manuel und streckte die gefalteten Hände zur Decke empor. — „Wenn man es morgen am Tage kaufen könnte!“

„Ja, er verkaufte nur zu gern!“

„Wenn er auf den Einfall kommen sollte, die Gebäude niedergezureißen!“

„Nein, verrückt ist er, aber wahnsinnig ist er denn doch nicht. — Kauf es doch, Manuel, kauf es doch!“

„Womit sollte man es wohl kaufen!“

„Die Leute sagen ja, daß Du Geld hast!“

„Die paar Groschen!“

Thomsen packte plötzlich den Alten bei der Schulter und schüttelte ihn.

„Nein, aber wenn man in der Lotterie gewinnen könnte!“ sagte er.

„Spielt Du?“

„Nein!“ sagte der Kleine resolut und begann seine Wanderung von neuem.

„Ja, dann kannst Du natürlich nicht gewinnen!“

Wieder blieb Manuel stehen. Er sah seinem Gast Starr in die Augen.

„Glaubst Du an Offenbarungen, Mads Mortensen?“

„An Offenbarungen!“

„Ja. Was einem so des Nachts erscheint!“

„Iß Dir, denn jemand erschienen?“

„Ja!“

„Das ist doch des Satans!“ Der Alte nahm die Peife aus dem Munde. „Was hast Du denn gesehen?“

„Vater!“

„Deinen Vater! Das ist doch des Satans!“

„Und er sagte mir, ich sollte das Gehöft zurücklaufen.“

„Sagte er das?“

„Ja. Wenn erst drei neue Besitzer dagevorder wären, sagte er, sollte ich den Mühlenhof wieder haben.“

Mortensen richtete sich ein wenig in seinem Stuhl auf, reckte seinen langen Hals nach Manuel hinüber und sagte in flüsterndem Ton:

„Ich hab ihn auch gesehen!“

„Du hast ihn auch gesehen?“

„Ja! — Ich sah ihn in der Nacht, nachdem sie das Laufbecken umgestoßen hatten. Ich sah in der Mühle auf einem Sac und schlief. Da hörte ich die Thür nach draußen knarren, das hatte der Wind gethan. Aber als ich mich umwende, steht er an der Treppe, ganz leibhaftig, und sieht mich mit seinen Augen an, so daß es mir eiskalt am Rücken herunter lief. — Das war, hol mich der Teufel, das Schrecklichste, was mir in meinem ganzen Leben passiert ist.“

„Sagte er denn nichts?“ fragte Manuel; und auch seine Stimme war zum Flüsterton herabgezunken.

„Nein!“

„Hat er denn nichts?“

„Nein. — Er stand nur da. Und dann war er auf einmal weg! — Ich glaubte, es sei eine Mahnung, daß ich bald davon müßte. Denn die Jahre hat man ja!“

„Nein, das war es nicht!“ sagte Manuel sehr bestimmt.

„Nein, natürlich nicht, natürlich nicht, wenn Du ihn auch gesehen hast!“

Der Mühlen-Mortensen war ganz feierlich geworden, und seine Peife war ausgegangen.

Politische Übersicht.

ein Rebell.

Zu Berlin hat am Sonnabend ein Staatsanwalt eine tausendjährige Versammlung zum Widerstand gegen die geltenden Gesetze und zu ihrer offenen Überzeugung aufgesfordert. Der Mann ist kein Wahnsinniger, er ist auch kein politischer Fanatiker, der sich zu einer neuen Überzeugung durchgerungen hat. Er wird weder ins Irrenhaus, noch ins Gefängnis gesperrt werden, er wird auch nicht Charakter und Rang eines preußischen Staatsbeamten verlieren.

Die Bedeutung der Rede soll nicht durch die Fortsetzung dieser Rätselreihe auf die Probe gestellt werden. Nachstehende Notiz der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung bringt ihre Lösung:

Der Kommerz der alten Burschenschaft stand am Sonnabend, am Jahrestag der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches, unter Beteiligung von 1000 alten und jungen Burschenschaftern in dem mit den Fahnen und Wappen der 60 Burschenschaften des Al. D. C. geschmückten Stollischen Saale statt. Ein reicher Damenschloß schmückte die Tribüne. Nach dem ersten Allgemeinen erhob sich der Präsident Staatsanwaltschaftsrat Gunz, ein alter Breslauer Ratze, zur ersten Rede. Überall, wo die deutsche Jugend klängt, so führte er u. a. aus, daß die Burschenschaft den Brüdern die Hand reichen und dafür sorgen, daß wenigstens im geistigen Kampfe die nationale Brüderlichkeit nicht verloren geht. Und die alten Feinde der Burschenschaft sind auch die Feinde des väterlichen Heimatkampfes; wir halten fest an der alten deutschen Sitten unserer Vorfahren, die ihre Lust hatten am Wasserspiel, wir wollen den Schläger nicht tragen nur zum Kommerz oder gar zu Prozessionen, wir wollen ihm schwingen in fröhlichem Kampfe. Und wenn wir auch dafür sorgen wollen, daß kein Missbrauch geschieht, und daß in immer zahlreicher Fällen nicht zur Pistole, sondern zum blauen Säbel greifßen wird, so wollen wir uns doch auch heute dazu bekennen, daß es viele Ehrenhände gibt, die gar keine andere Lösung zulassen, als den Gang mit den Waffen. Und darum lassen Sie die Philister nicht auch Sturm laufen gegen die Mensur, wir halten fest an ihr, als einem Erziehungsmittel sondergleichen. Mit einem Hoch auf den Kaiser und auf das kaiserliche Haus schloß der Redner unter jubelndem Beifall.

Die Notiz der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung ist nicht vollständig. Die Redaktion des offiziellen Blattes hat es für gut gehalten, einen nicht unwichtigen Passus aus der Rede des Herrn Staatsanwalts zu unterdrücken. In anderen Berichten liest man den letzten Satz des Berichtes folgendermaßen:

Mit einem Hoch auf den Kaiser, der über die Mensur ebenso denkt, wie die Burschenschaft, und auf das kaiserliche Haus schloß der Redner.

Ferner verzweigt der offizielle Bericht, daß der Staatsanwaltschaftliche Gesetzesverächter es in seiner Rede nicht unterlassen konnte, eine Partei anzugeisen, die — zum Unterschiede von manchen Staatsanwälten — streng auf dem Boden des Gesetzes steht, die Sozialdemokratie. Es wird über seine Rede noch berichtet:

Staatsanwaltschaftsrat Gunz brüllte auch seine Unzufriedenheit mit dem Reichstag aus. Er forderte die Burschenschaft auf, die nationale Sturmjaune hochzuhalten, um alles undeutsche Wesen abzuschrecken. Dazu sei der Reichstag nicht geeignet, „der Reichstag mit seiner schwarzen und seiner roten Internationale, mit dem Parteilichen, der dort wieder das Haupt erhebt, und den anderen Parteien, denen Sonderinteressen höher stehen, als das nationale Gemeinwohl.“ Wo frecher Übermut, wie vor kurzem in England, das deutsche Volk in seinen heiligsten Empfindungen bestört, wo Könige und Pöbel sich rühren, da muß die deutsche Burschenschaft herausstehen als Rauferin im Streite allen voran im Volle.

Es hat keinen Sinn, mit einem Herrn zu rechten, der trocken gesetzten Alters eine so jugendliche Unreife des Geistes verrät. Immerhin dachte man glauben, daß der Reichstag, als die Macht, die Gesetze zu beschließen hat, mehr Respekt einforderte, drückte von den Leuten, die zur Sitzung der Gesetze bestellt sind. Was soll man aber sagen, wenn diese Leute sich nicht nur zum Richter über die verfassungsmäßige Vertretung des deutschen Volkes ausspielen, sondern auch das von ihr beschlossene und von der Krone funktionierte Gesetz verhöhnen?

Ein Berliner bürgerliches Blatt weiß dem rebellischen Staatsanwalt „aufrichtige Ehrlichkeit“ und „Mut zu offenen Bekennnis“ nachzusagen. Wir verstehen oft die Ritterlichkeit begriffe der guten Gesellschaft nicht und werden auch diesmal vergebens eine Antwort auf die Frage suchen, wie ein Herrmann im Gerichtssaal die Anwendung des Gesetzes, in der Versammlung aber seine Überzeugung fordern kann. Überall und immer für seine Überzeugung einzustehen, ist wohl nur bei uns, beim gemeinen Volle, Sitte. Rüchtige Ravalere, wie Herr Gunz oder der väterliche Falckenhagen, denken darüber anders.

„Du solltest den Mühlenhof haben, wenn Cornelius fort wäre?“ fragte er dann, bekam aber im selben Augenblick einen Anfall. Ahem, ahem, krrr, krrr! „Der Teufel hole meinen Hunden! — — — Krrr, Pfui Teufel! — Ne, das ist wahr, ich sollte ja in den Ofen spucken! — Du solltest den Mühlenhof haben, sagte er, wenn dieser Didrik weg wäre?“

Thomsen nickte zerstreut. Sein Gehirn war ganz erfüllt von der Frage, was es wohl zu bedeuten haben könnte, daß auch Mads Mortensen eine Offenbarung gehabt hatte.

„Ach, Du hast aber kein Geld, um ihm den Hof abzukaufen?“ fragte der Alte weiter.

Emanuel schüttelte den Kopf.

„Nein. Aber der liebe Gott wird mir schon helfen.“

„Ja — a! Er hilft uns allen ja! — — — Nein, wir müssen sehen, daß wir Cornelius auf eine andere Art und Weise besiegen.“

„Wie sollte das wohl zugehen?“

„Ach, das läßt sich schon machen! — — — Darf ich mir die Peife noch einmal stopfen?“

„Ja, gern!“

Thomsen hatte sich auf seinen Stuhl an den Tisch gesetzt und verfolgte mit den Augen die Bewegungen des Alten, der durch das Zimmer humpelte, bis an den Ofen und wieder zurück.

„Nun?“ fragte er dann, als Mortensen sich gesetzt und die Peife angezündet hatte. „Was meinst Du denn?“

Mortensen zwinkerte mit seinen klugen Vogelaugen und sah äußerst nachdenklich aus.

„Ja — a — — Pfui, Pfui!“ singt er an und nahm ein paar Züge aus der Peife, die so kurz war, daß sie

Sweatshop-Politik.

Aus Paris wird uns vom 19. Januar geschrieben: In den letzten zwei Kammerzittingen wurden zwei Interpellationen über militärische Beförderungsfragen verhandelt, die wieder einmal ein großes Licht auf die Sweatshop-Politik der Regierung geworfen haben.

Der radikale Abgeordnete Guizyssse, eines der wenigen Mitglieder seiner Partei, die nicht das Heil des Ministeriums über alles andere stellen, interpellierte über die Wiedereinrichtung in die Armee des Generals Gélin de Bourgogne, der vor etwa einem Jahr „zur Disposition“ gestellt worden war wegen Verherrlichung der landesverräderischen adeligen Emigration zur Zeit der großen Revolution. Und zwar leistete er diese Verherrlichung auf dem Fest einer Jesuitenschule, zugleich die Verdienste der Jesuiten um die Erziehung von Offizieren belobigend. Der General ist nicht das erste unter dem Kabinett Waldeck-Rousseau wieder zu Gnaden gelommene „Opfer“ der ministeriellen Maßregelungen, aber dieser Gang nach Canossa mußte wegen der erwiderten Umstände besonders standhaft erscheinen. Zugleich eröffnet das neue Amt dem General die besten Aussichten auf eine nahe Beförderung... Was antwortete nun der Kriegsminister, General Andros, auf die Interpellation? Nichts anderes, als daß der General die Maßregelung schweigsam ertragen und seinerseits seine Verhuldung zu leugnen nicht versucht habe! Daher darf er nach wie vor die Armee der Republik kommandieren, sie für seinen Teil mit jesuitisch-prätorianischem Geist erfüllen und die republikanisch gesinnten Offiziere schützen.

Unmöglich zu sagen, daß die „Bedaurens“-Resolution des Interpellanten beiseite geschoben wurde, während die vom Kriegsminister accepptierte „einfache Tagesordnung“ mit 883 gegen bloß 83 Stimmen votiert wurde.

Die zweite Interpellation kam von rechts, von bonapartistisch-nationalistisch-molinistischer Seite. Es handelt sich um die Abschaffung der militärischen Beförderungskommissionen, die systematisch die clerikal-monarchistischen Elemente des Offiziercorps begünstigten. Schon der Vorgänger des Generals Andros, General Gallifet, hatte übrigens die Befugnisse dieser Kommissionen dem Kriegsminister im wesentlichen wieder zurückgegeben. Die Sicherung des Einflusses des Clerikal-Militärs war nämlich das Werk des „civilen“ Kriegsministers Freycinet. Gegen die schamlose Bettenwirtschaft der Kommissionen protestierte schließlich selbst das militärische Organ der republikanischen Bourgeoisie, der Temps. So, auch einige gewerkschaftlich-patriotische Deputierte erkannten die „Mißstände“ der Kommissionen an. Trotz allem rückten die Interpellanten frohgemut mit ihren Anklagen gegen die „Willkür“ des Kriegsministers heraus. Und — es fehlt wenig, um den Minister zu Falle zu bringen. Eine militärische Interpellation bietet in dieser Kammer stets Bushangels genug, um die Regierung straucheln lassen zu können.

Dem Kriegsminister war es leicht, den Hauplangriff abzuwehren, wenn auch eine Neuerung seiner Rede, wonach fortan die Beförderung von Offizieren in den Händen des Parlaments liege, da dieses den über die Beförderung entscheidenden Kriegsminister zur Verantwortung ziehen könne, einen minutenlangen Tumult rechts und im Centrum entfesselte und selbst einem Teil der Regierungsmehrheit leidlich erschien.

Das patriotische Dogma, daß die Armee dem revolutionären Klüngel ausgeliefert hat, lautet ja: „Die Armee steht über und außerhalb der Politik“. Dieser konventionellen Wahrheit hat der im Reden unverschämte General Andros links ins Gesicht geschlagen.

Immerhin fand sich eine Mehrheit von 94 Stimmen, die die Erklärungen des Kriegsministers billigte. Hierauf aber stellte ihm die Opposition eine Fügung in der Form einer „Einladung, die Armee vor Angeberei zu schützen“. Die Nationalisten beschuldigen nämlich den Kriegsminister, der Angeberei gegen clerikal-monarchistische Offiziere ein williges Ohr zu liegen und der bonapartistische Abg. Vasties führte im letzten Augenblick eine bezügliche Thatsache an. Der Kriegsminister protestierte, aber die Mehrheit sank nun auf 22 Stimmen. Eine Verschiebung von 12 Stimmen — und der Minister, für den der Künstepräsident eingesprungen war, wäre mit dem ganzen Kabinett gestürzt.

Die beiden Interpellationen vervollständigten und erklären einander. In militärischen Dingen besitzt die Regierung im Interesse der Selbsterhaltung mit besonderer Vorsicht die Taktik — zwei Schritte nach rechts und ein Schritt nach links. Dabei aber besteht der letztere nur zu oft in Worten und Entwürfen, während die ersten vollendete Thaten sind.

ihm ganz unter der Nase saß. — — — „Weißt Du, — — — eine Maschine ist ja immer eine Maschine, Manuel!“

„Ja!“

— — — „Da sind Näder, und da sind Walzen, und da sind Steuinhölzer, und da sind Zapfen! — — — Und das alles greift ineinander ein und kann schnappen wie die Finger an einer Hand und festhalten — ahem — krrr, krrr. — Wie? — — Und sich rund herumdrehen und mahlen und in Stücke zerren und zerquetschen!“

„Du sprichst von der Mühle?“

Thomsen starrte den Alten verständnislos an und ahnte nicht, wo hinaus der mit seinem Gerede wollte.

„Ich spreche von der Mühle, ja!“ nickte Mortensen, — — — denn, weißt Du, das ist ja auch eine Maschine.“

„Ja — ja!“

„Weiß Gott, das ist eine Maschine! — — — Ich kam einmal mit meinem Rad zu nahe heran, und die Bähne sahnen danach, — — — und wäre Dein Vater nicht dagewesen und hätte das Rad schnell angehalten, so hätte ich nicht mehr viel Hornfische gegessen — — — krrr, krrr, Pfui Teufel!“

„Ja die Eltern waren auch immer so bange, daß man der Mühle zu nahe kommen könnte, als man noch klein war.“

„Ja, Großvater und Mutter waren! Ja, das weiß ich noch ganz gut. — Aber was ich sagen wollte — — — (Mortensens Augen wurden trüb und unsicher) — — — Cornelius kommt ja manchmal in die Mühle, wenn er auch seine Hauptzeit im Krieg zubringt — — —“

Mortensen schauderte. Es fing an, ihm zu dämmern.

„Cornelius?“

„Ja, Cornelius! Er ist ja eigentlich immer besoffen,

Deutsches Reich.

Parlamentsbericht.

Aus dem Reichstage.

B. Berlin, 20. Januar. Der Reichstag nahm heute zunächst debatlos einen von allen Parteien unterstützten Antrag des Abg. Dr. Arendt an, der die Auszahlung aller bisher gesetzlich bewilligten Kriegsveteranenbeihilfen verlangt. Darauf wurde die Besprechung der von unseren Genossen eingesetzten Notstandsinterpellation fortgesetzt. Auch heute beherrschte eine sozialdemokratische Rede den ganzen Verlauf der Debatte, und wieder zeigte sich die Unschuldbarkeit bürgerlicher Sozialpolitik, die auch gegenüber dem offensichtlichen Elend entweder völlig ver sagt, oder sich höchstens zu einem lauen Lachen wenden. Zunächst hielt Scheinhardt Wehrmann vom preußischen Eisenbahnamt die Verwaltung des Herrn v. Thielicke gegen den Vorwurf sozialer Rückständigkeit zu verteidigen. Er verschwieg die Fälle, in denen notorisch zahlreiche längere Zeit in der Eisenbahnverwaltung beschäftigt gewesene Arbeiter entlassen worden sind. Zu der vom Abgeordneten Lenzmann im Reichstage angeschworenen Frage der Zahl des Bewachungspersonals auf der Strecke Altenbeken-Paderborn wußte Herr Wehrmann nur die bereits vom Unterstaatssekretär Fleck im Abgeordnetenhaus aufgestellten Behauptungen zu wiederholen.

Der ganze bisherige Gang der Diskussion wurde durch eine mehr als 2-stündige Rede unseres Genossen Hoch in wickelnder Polemik zusammengefaßt. Hoch ging zunächst gegen das schwere Geschütz der offiziellen Berichte, das Graf Posadowsky am Sonnabend aufgefahren hatte, vor; sein Nachweis der völligen Verlöslichkeit dieses auf subjektiven Empfindungen beruhenden Materials war so zwingend, daß Graf Posadowsky sich gezwungen sah, seine sämtlichen offiziellen Berichte preiszugeben; Genosse Hoch wies besonders auf die Ergebnisse der Dresdener Arbeitslosenzählung und die Verlautbarungen der Frankfurter Centrale für private Fürsorge hin. Dann gelangte er über die einzelnen Symptome hinaus zu einer unüberleglichen Diagnose der Krankheitsstofse im Körper der bürgerlichen Gesellschaft, von denen die herrschende Kreislauf nur eine Folgeerscheinung ist. Zu wirtschaftlichem Kontrast schobte er, was der industrielle Aufschwung den Reichen und Reichsten, was er den Arbeitern geboten hat, und er forderte mit Recht als die geringste Pflicht der herrschenden Gesellschaft, daß sie dem gesunden und arbeitswilligen Arbeiter auch Gelegenheit gebe, sein Brot zu verdienen. Nach einer treffsicheren Kritik der Grafenbachischen und der Gumpischen Reaktionsgeschichte wandte sich Hoch zum Schluß einer Darstellung der Frankfurter Zusammenföderung von Arbeitslosen mit der Polizei zu. Als er hier, gestützt auf Berichte des bürgerlichen Frankfurter Generalanzeigers, das Vorgehen der Polizei scharrt lobte, wurde er von dem national-liberalen Vizepräsidenten Büsing wiederholt unterbrochen. Als Hoch sich mit seiner Bemerkung der Frankfurter Verteilung persönlich an den Vertreter der Buchthalvorlage wandte, glaubte der nervöse Vizepräsident dem entgegentreten zu sollen. Zum Schluß unterstrich er die scharfen Worte Hochs durch einen Druckknopf.

Graf Posadowsky trat einen möglichsten Rückzug an. In unserer Regierung der Überantwortlichkeit will er nicht hinter seinem Meister, dem Großen Vilov, zurückstehen. Weder seine Berichte wagte er zu verantworten, noch für die Frankfurter Polizei fand er ein Wort der Entschuldigung. Wahrscheinlich scheint ihr Verhalten auch ihm so unverantwortlich, daß er sich gern hinter die Verantwortung der preußischen Minister verschiebt.

Das Vorhandensein eines Notstandes mußte selbst der großindustrielle Grubenbaron Hilbeck, der sich den Nationalliberalen zurechnet, zugeben. Er freute sich über die Erfolge unserer Interpellation und bewies damit, wie rüdigend befreudet die Vertreter des Großkapitals sein können, wenn es sich um Vorteile für die — Arbeitersklasse handelt. Im übrigen ritt Herr Hilbeck mit der Bobpreisung des Kohlensyndikats ein altes Stieckenpferd und forderte eine „verständige“ Handelspolitik. Darunter versteht er erhöhte Zollzölle, wenngleich er sich ein wenig gegen die extremen agrarischen Forderungen verwarf. Einverstanden fand man sein mit dem Begehr des national-liberalen Redners, die Kanalvorlage solle so bald wie möglich wieder vorgelegt werden.

Abg. Bachenbuek, der mit süssem Schmelz begabte Redner der freisinnigen Vereinigung, wagte sich ein wenig näher an die praktische Lösung sozialpolitischer Probleme heran. Er forderte die reichsgezügliche Einführung paritätischer Arbeitsnachweise und die Errichtung einer Kommission zur Prüfung der bestehenden Versuche zur Arbeitslosenversicherung, sowie

nicht? — Wenn man ein bißchen bei ihm herumfingerierte — wie?“

„Nein, nein!“ sagte Thomsen hastig. Er war leichenbläß geworden. „Mit solchen Dingen darfst Du keinen Scherz treiben, Mads Mortensen!“

„Scherz! — Ich treibe, weiß Gott, keinen Scherz!“

„Ja — aber —“

„Nun, da siehst Du! — Ach was, ob so ein Maul-esel auf diese Art oder jene Art —“

„Nein, nein, das will ich nicht!“

„Gut, Manuel, gut! Dann lassen wir die Krause-münze wachsen! — — — Aber dann kriegst Du den Hof auch nicht! — — — Darf ich mir noch eine Peife stopfen?“

„Ja, gern!“

Mortensen kratzte und stopfte zum drittenmal.

„Puff, Puff!“ begann er dann wieder. „Nein! Soll ich ihm nicht einen kleinen Schubs geben?“

„Nein, ich hab Dir ja gesagt! Läßt den Unsinn!“

„Na ja, dann halten wir den Mund! — — — Aber es war eigentlich nur um Deinetwillen, daß man die Arbeit auf sich nehmen wollte! — — — Und natürlich auch ein klein wenig um meinewegen; denn ich hab ja zur Familie gehört, seit ich aus einer Rumme trinken konnte.“

„Man bekommt den Hof wohl auch auf andere Weise —“

„Na ja —“

„Und wenn es dann nachher da draußen spülte?“

„Dann brächten wir ihn noch einmal um, Manuell! Dafür gibt es Mittel!“

„Nein, nein, man würde weder Tag noch Nacht Ruhe haben.“

„Na, Du wirst doch nicht gleich seefrank, wenn Du eine Laus totknackst?“

(Fortsetzung

eine systematische Arbeitslosenstatistik. Abg. Bachnitz warnte davor, die Lebenshaltung der Arbeiter noch weiter zu verteuern, und kündigte den Solidaritätsvorlage eine energische Opposition an.

Die Befreiung unserer Interpellation, in der Genossen Moltenbuhr noch das Wort ergreifen wird, soll morgen noch nicht fortgesetzt werden, da die Parteiführer für morgen ihre Reise nach Berlin beordert haben, um für die noch ausstehenden Wahlprüfungen ein beschlussfähiges Haus zu erzielen. Außerdem stehen am Dienstag noch kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung.

Aus dem preußischen Landtage.

H. Berlin, 20. Januar. Das Abgeordnetenhaus sprach heute die Interpellation des Abg. von Knapp (nat.-lib.) und Genossen:

"Welche Maßnahmen gedenkt die königliche Staatsregierung infolge der durch eine Verweichung der Personen herbeigeführten Verhaftung eines durchaus unbescholtenen Elberfelder Bürgers, des Kaufmanns G. Kuhlenkampf, zu treffen, um dem unschuldig Verhafteten Genehmigung für die erschwerte Umbil zu verschaffen und im Interesse der allgemeinen Rechtsicherheit ähnliche Vorsätze für die Zukunft möglichst zu verhüten?"

Der Vorfall, der zu der Interpellation Veranlassung gegeben hat, hat sich erst unlängst ereignet. Fälle von Personenverhaftungen durch die Behörden sind auch keineswegs selten, aber nur in wenigen Fällen beschäftigt sich die Öffentlichkeit damit. Stößt einem einfachen Arbeiter ein derartiges Misshandeln zu, so macht man nicht viel Aufhebens davon. Aber wehe, wenn ein Angehöriger der "höheren" Gesellschaftskreise davon betroffen wird! Dann sind sogar die "Vollzöfverte" bei der Hand, um den Minister bittere Wahrheit zu sagen.

Allerdings verfuhr sowohl der Interpellant als auch die Diskussionsredner mit den Ministern heute sehr diplomatisch. Der Abg. von Knapp (nat.-lib.) bekräftigte sich in seiner Begründung darauf, den Fall lang und breit zu erörtern und Maßnahmen im Interesse der allgemeinen Rechtsicherheit zu verlangen. Wohlweislich aber vermied er es, das System, das die persönliche Freiheit des Einzelnen bedroht, einer Kritik zu unterziehen und die polizeiliche Allgewalt zu geißeln.

Da an dem Vorfall sowohl das Justizministerium als auch der Minister des Innern beteiligt sind, so mußten zwei Ressortminister die Antwort übernehmen. Herr Schönstedt nahm die Beamten seines Ressorts in Schuß; seinem von ihnen falle ein grobes Verhältnis zur Last, höchstens sei der Richter, der den Hofbefehl erlassen habe, zu überzeugig gewesen. Der wirklich Schuldige ist auch hier wieder die böse Presse, die den Fall aufgebaut habe. Dem Verhafteten wolle er Genehmigung geben, indem er ihn als Ehrenmann hinstelle, auch wolle er ihm seine Auslagen ersparen, aber zu einer Änderung der Bestimmungen über die Untersuchungsgefangenen liege kein Antrag vor.

Ganz anders laute die Antwort des Freiherrn von Hammerstein, des neuen Ministers des Innern. Er gab zu, daß die Behandlung des Herrn Kuhlenkampf im Untersuchungsgefängnis zum schärfsten Einschreiten Veranlassung gebe und daß er einen Oberbeamten wegen Verabschaffung der gesetzlichen Vorschriften bestrafen werde. Ein Ausläßgefängnisnehmer ist bereits entlassen, weil er dem Befehl, dem Inhaftierten Essen zu bringen, nicht nachgekommen ist. Nach daß Untersuchungsgefangene mit Strafgefangenen in dieselbe Zelle eingesetzt werden, tadelte der Minister, er enthielt aber dies Versfahren mit der Unzulänglichkeit der Gefangenisse, namentlich im Rheinlande.

Leider wurde der gute Endres, den das offene Geständnis des Freiherrn v. Hammerstein hervorrief, wieder verwirkt durch eine Beimerkung über den Fall Bredenbeck, der von verschiedenen Rednern gestreift war. Närker ging der Minister überhaupt nicht darauf ein, er bestreit nicht die Feststellung, er sah sie auch nicht zu rechtfertigen, im Gegenteil, er scheint das Verfahren der Polizei völlig in Ordnung zu finden, denn Bredenbeck sei früherer Bergarbeiter und nur "Sizredakteur". Abgesehen davon, daß diese leichte Bemerkung mit den Thatsachen nicht in Einklang steht, liegt doch, auch selbst wenn Bredenbeck Sizredakteur wäre, kein Grund vor, ihn mit gemeinen Verbrechern zusammengefaßt durch die Strafen zu führen.

Die Debatte verlor höchst langweilig. Alle Redner legten großes Gewicht auf die Einzelheiten des Vorfalls, aber leider vernachlaßigte die Angelegenheit von höheren Gesichtspunkten aus zu behandeln. Das Ergebnis der Befreiung wird voraussichtlich eine Vermehrung der Gefangenisse und eine kleine Aufbesserung des Gehalts der Gefangenenvärter sein, im übrigen aber wird alles beim alten bleiben.

Am Dienstag fällt die Sitzung aus, da die Budgetkommission tagt.

Mittwoch: Erste Lesung des Provinzial-Dotationsgesetzes.

Der lachende Dritte.

Die Kreuzzeitung hatte jüngst einen Protest des Professors Adolf Wagner gegen die Auflösung des Sozialwissenschaftlichen Studentenvereins in Berlin veröffentlicht. Um diese Abweichung von ihren althergebrachten Überlieferungen zu lüften, bringt sie einen Leitartikel über "Bildungsschwindel" und "Bildungswut", dem wir ausnahmsweise in der Lobe sind, vollkommen beizustimmen, abgesehen von dem reaktionären Drun und Dran, das nun einmal von jeder Auslassung des Junkerblattes unzertrennlich ist.

In dieser Polemik knüpft die Kreuzzeitung an einen Satz des Professors Schmöller an, wonach der letzte Grund aller sozialen Gefahr nicht in der Differenz der Besitz-, sondern der Bildungsgegenseite liege. Alle sozialen Reformen müsse an diesem Punkte einzehen. Sie müsse die Lebenshaltung, den sozialen Charakter, die Kenntnisse und die Fähigkeiten der unteren Klassen heben. Die Kreuzzeitung wundert sich nicht wenig, daß ein Mann, wie Schmöller, es zuläßt, ohne den, der Natur der Sache nach, keine dauernde Machtstellung gebacht werden kann, weder die des einzelnen, noch die innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Sie meint, die liberalen Professoren und ihre Mitarbeiter bildeten sich ein, verhindern zu können, daß die Bildungsarbeit politischen Zwecken dienstbar gemacht werde. "In Wirklichkeit aber gestalten sich die Dinge ganz anders. Die praktischen Schlüssefolgerungen führen mit tödlicher Sicherheit in das sozialdemokratische Lager hinein. Es ist dieselbe Erfahrung, die man schon vor mehr als hundert Jahren gemacht hat. Damals wurde so viel Auflösung getrieben, daß die Guillotine schließlich den Strich darunter zog. Mutatis mutandis werden auch wir nichts anderes erleben, wenn der sinuose

Bildungsschwindel so weiter geht." So schlicht der erbauliche Seiten der Kreuzzeitung.

Man muß, wie gesagt, von seinem reaktionären Drun und Dran abscheiden. Reaktionäre Gehirne können sich eine revolutionäre Entwicklung nun einmal nicht anders, als unter dem Blilde der Guillotine vorstellen. Auch ist die Kreuzzeitung ganz und gar aus dem Holzgewebe, wenn sie den französischen Aufständen des 18. Jahrhunderts nachfragt, daß diese um die Bildung der "unteren Klassen" bemüht gewesen seien. Wenn ihre fromme Gejagung ihr gestalten sollte, einmal einen Blick in die Schriften Voltaires zu werfen, so würde sie finden, daß dieser erfolgreiche Vorkämpfer der französischen Aufklärung sich mit aller Energie dagegen verwahrt, die Volksmassen "aufzulämmen". Sieht man aber von den grotesken Arabesten ab, mit denen die Kreuzzeitung ihren Fluch gegen den "Bildungsschwindel" verziert, so hat sie mit ihrer Polemik gegen die "liberalen Professoren" ganz recht.

Nichts lächerlicher, als die Hoffnung, durch die größere Bildung der arbeitenden Klassen das zu beschwören, was die bestehenden Klassen die "soziale Gefahr" nennen. Es liegt ja auch auf der Hand, daß, je mehr die Bildung des Proletariats wächst, um so mehr auch sein Widerstand gegen die menschenunwürdigen Zustände wachsen muss, in denen es heutzutage leben muß.

Nur sollte die Kreuzzeitung nicht gar so streng mit den "liberalen Professoren" ins Gericht gehen. Diese Herren meinen es nicht so schlimm mit der "Bildung" der "unteren Klassen". Es ist nur, daß die liberalen Bourgeoisie, deren Interesse diese Professoren vertreten, in anderen Beziehungen lebt, als das ostelbische Junkerlum, dessen Interessen die Kreuzzeitung vertritt. Die Besitzverhältnisse entscheiden, wie das Unterblatt so richtig sagt, über die dauernde Machtstellung der Klassen, und die Besitzverhältnisse der Bourgeoisie erheissen eine andere Bildung der arbeitenden Klassen, als die Besitzverhältnisse des Junkerlums. Kann dieses mit einem läudlichen Proletariat wirtschaften, dem die Kunst des Lesens und Schreibens noch gänzlich fremd ist, so kann die Bourgeoisie es nicht; sie muß, gern oder ungern, dem von ihr ausgebundenen Proletariat, eben im Interesse dieser Ausbeutung, ein gewisses Maß von Bildung zuschreiben. Die Kreuzzeitung sollte so viel freundlicher nachbarschaftliche Gestaltung haben, um es zu verstehen, wenn die Ideologen der Bourgeoisie, die "liberalen Professoren", sich über diese harte Notwendigkeit mit der Illusion zu trösten suchen, daß ein gebildetes Proletariat sich leichter ausbauen lasse, als ein ungebildetes.

Diese Illusion kann die Kreuzzeitung zwar mit düsterer Rassendramaturgie vernichten, aber sie kann das großindustrielle Deutschland nicht auf den sozialen Status einer hinterpommerischen oder utschterischen Sandbüchse zurückdrehen. Das ist sie immer vorbei, und es wird bei der "Auflösung" der Arbeiter bleiben, bis zwar nicht die Guillotine, aber die Sozialdemokratie ihren Strich darunter zieht. Sie ist der lachende Dritte, wenn die Organe der Bourgeoisie und des Junkerlums sich über dem "Bildungsschwindel" in die Haare geraten.

* Berlin, 21. Januar. Im Reichstage brachten die Abgeordneten Bassemann, Hitz, Paasche, Bachnitz und Röhl den Antrag ein, der Reichstag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die landesgesetzlichen Bestimmungen aufgehoben werden, welche der Teilnahme der Frauen an den sozialpolitischen Versammlungen in Vereinen und Versammlungen entgegenstehen.

Minister v. Thiele hat an die königliche Eisenbahndirektion eine Verordnung gerichtet, worin es als wünschenswert bezeichnet wird, verdienstvolle Leistungen und außerordentliche Anstrengungen von Hilfsbediensteten und Arbeitern bei Betriebsunfällen, Schneeverwehungen, Hochwasserschäden, Verkehrsstockungen und Störungen sonstiger Art, die einer sofortigen Abhilfe bedürfen, angemessen zu belohnen.

Die Freisinnigen brachten im Landtage den Antrag auf Änderung der Bandtagswahlbezirke gemäß der in den letzten 40 Jahren eingetretene Verschiebung der Bevölkerung wieder ein. Ferner brachten Bassemann und Barth den Antrag auf Einführung der fakultativen Feuerbestattung in Preußen wieder ein.

Die Berliner Volkszeitung verzeichnet Gerichte von einer Kanzlerkette. Die Rede Bülows gegen Chamberlain soll nicht den Beifall des Kaisers gefunden haben. Übrigens bemerkte auch die Berliner Volkszeitung selbst, es handle sich wahrscheinlich um bloße Vermutungen oder auch um bloches Gerede.

Der Vorwärts teilt mit, daß der Allerweltsspiegel Normann-Schumann gegen ihn Klage angetragen hat, "nachdem der Herr Kriegsminister amtlich den Fall des Kommiss Bargeleßt hat." Die Klage soll in Berlin anhängig gemacht werden, und so ist, wenn anders die Klageandrohung nicht auf einen mißigen Schwindel des bekannten Gentleman hinausläuft, Aussicht vorhanden, daß Herr Normann-Schumann wieder einmal in Berlin zu sehen bekommen wird. Nachdem er es sich angewöhnt hat, trotz der mehrfachen gegen ihn schwedenden Strafverfahren in Berlin ganz ungeniert sich ergehen zu dürfen, hofft Herr Normann-Schumann, wohl auch vom Gericht freies Geleite zu bekommen. Ein solches hat er mindestens durch seine Leistungen in der Hunnenbrieffaire ehrlich und redlich verdient.

Die Solidaritätskommission nimmt heute, nach dreitätigem Erholungspause, ihre Beratungen wieder auf. Es wird sich zeigen, ob diese Zeit genügt hat, die rasch erlahmten Kräfte der Mehrheit wieder herzustellen. Wie der Berliner Korrespondent der reichsoffiziellen Münchener Allgemeinen Zeitung sagt, wäre die Solidaritätskommission am letzten Freitag beinahe beschlußfähig geworden. "Die Vertreter der Mehrheit der Kommission", so schreibt er, "glänzen heute in so großer Zahl, wenn auch zum Teil nur vorübergehend, durch Abweichenheit, daß die Mehrheit zeitweise zur Minderheit geworden war und beinahe die Befürchtung mach werden konnte, als solle das chronische Lebel der Beschlussfähigkeit aus dem Plenum auch auf diese mit so wichtigen und verantwortungsvollen Beratungen betraute Kommission übertragen werden."

Demnach scheinen die bequemen Herren keine besonderen geistigen und körperlichen Strapazen zu vertragen.

Klaus und Polenbewegung. Wie bekannt, veröffentlicht die Nationalzeitung einen Artikel über angebliche Institutionen, die der Erzbischof Stanislawski dem polnischen Klerus für sein Verhalten in der Sprachenfrage ertheilt haben soll. Nun läßt der Erzbischof durch seinen Geheimsekretär erklären, daß die Meldung "von Anfang bis Ende erfunden" ist.

Zur Reichstagswahl in Merseburg-Dresden. An Stelle des Abg. Ritter-Barnstädt, der abgelehnt hat, haben

die freisinnigen Vertrauensmänner des Reichstagswahlkreises Merseburg-Dresden den Generalsekretär des Fischervereins Fischer-Berlin als Reichstagskandidaten für die nächste Wahl proklamiert.

Dreiviertel Millionen Mark hat Wilhelm II. dem Ausland zu verdienen gegeben, indem er den Bau einer neuen Yacht einer amerikanischen Schiffswerft überließ. Wird auch — wie vorauszusehen — die Einrichtung des Schiffes drüber angeschafft, so wird sich die Summe auf eine Million Mark erhöhen. Was sagen unsere bürgerlichen Heimat- und Notstandspolitiker dazu?

Der Fall Feilitzsch. Die Augsburger Abendzeitung kommt am 19. d. M. auf ihren Artikel über den Fall Feilitzsch zurück, der nicht nur in der Presse, sondern auch im Reichstage als offiziell bezeichnet worden war, aber vom bayrischen Militärbeschluß als vom Kriegsminister inspiriert nicht anerkannt wurde. Das liberale Blatt betont nun selbst, daß der Artikel nicht eigentlich offiziell gewesen sei, legt aber Gewicht daran, daß er auf "guten Informationen" beruhe und die Stimmung des weitansgriffigen Teiles des bayrischen Offiziercorps richtig wiedergab. Die persönliche Anerkennung des Generals v. Endres über den Fall Feilitzsch stimmt mit derjenigen des bayrischen Offiziercorps nicht überein. Als misslicher Umstand wird für Endres geltend gemacht, daß er erst seit Herbst den Posten eines Militärbeschlußgebers versieht. Herr v. Endres hätte das erste Mal überhaupt nicht zu reden gebraucht, da nicht die bayrische, sondern die preußische Militärverwaltung apostrophiert war. Bei der zweiten Rede steht die Absicht des bayrischen Generals eine gute, aber die Ausführung nicht glücklich gewesen. Der Artikel wendet sich dann mit bemerkenswerter Schärfe gegen den Versuch, die Aufnahme des in Bayern unmöglichen Hauptmanns in Preußen zu befragen. Der bayrische Kriegsminister versteht in Sachen von Soldatenmishandlungen keinen Spaß, und mehr als ein Offizier sei nicht Major geworden, weil in seiner Amtszeit Misshandlungen vorkamen, an denen er nicht einmal beteiligt war. Der Fall Feilitzsch lag schwerer, daher habe in bayrischen Offizierskreisen die Wiederaufstellung des Hauptmanns als ein Ding der Unmöglichkeit gegolten. "Um so größer war das Staunen, als das Nichtgeglaubte wo anders Wirklichkeit wurde." Nach diesen Darlegungen lasse sich ermessen, ob die Aufnahme des Feilitzsch in ein anderes Kontingent "für das bayrische Offiziercorps, in erster Linie für die bayrische Kriegsverwaltung, gleichzeitig oder gar erwünscht und begrüßenswert sein könnte." Auf "Urteil schwierigender Natur" gestützt, beantwortet der militärische Gewährsmann die Frage mit Nein. Völliglich hat Generalmajor v. Endres in seiner zweiten Rede die unglückliche Wendung gebracht, "um so mehr freue es uns, daß Preußen den Fall nicht so streng ansah".

Herr v. Endres hat sich im Meinungskreis zwischen dem bayrischen Kriegsminister und dem bayrischen Prinzregenten einerseits und dem preußischen Kriegsherrn andererseits auf die Seite des letzteren geschlagen.

Gegen die Bildungswut eifert in der Kreuzzeitung Herr Kropatsch's beschränkter Unterhosenbertrand. Professor Schmöller's bekannter Ausdruck, daß "der letzte Grund aller sozialen Gefahr nicht in der Differenz der Besitz-, sondern der Bildungswut liege", wird zum Ausgangspunkt einer Betrachtung genommen, die das Gegenteil von Schmöller's Behauptung erweisen soll. Alle Tage könne man sehen, daß das soziale Ringen in den Ländern den unerbittlichsten Charakter annimmt, in denen die Volksbildung am höchsten stehe. Wenn es an dem nicht wäre, würden sich "die klugen Opportunisten der roten Internationale" sicherlich hüten, den "fanatischen Bildungssfeier" zu zeigen, den sie vor allen anderen Parteien einstammten. Die praktischen Schlüssefolgerungen der Bildungsarbeit führen mit tödlicher Gewissheit in das sozialdemokratische Lager hinein.

Doch dem so ist, brauchten wir nicht erst aus der Kreuzzeitung zu erfahren. Wenn Herr Kropatsch es uns bestätigt, kann uns das nur recht sein. Es ist hübsch von ihm, wenn er ehrlich eingestellt, daß seine Partei nur auf Dummkopf und Unbildung setzt und daß der Weg der Gebildeten "mit tödlicher Gewissheit" ins "sozialdemokratische Lager" gehe. Aber klug war es von ihm nicht, das offen zu sagen.

Die Affäre des Majors Endell, des berühmten niederländischen Landwirts, der sich zu helfen wußte, wird immer verwickelter. Gegen den Herrn Major halte die Berliner Tägliche Rundschau die beläumten Angriffe gerichtet. Daraufhin erklärte die Deutsche Tagesszeitung, der Rektor Keller in Birnbaum habe die Verantwortung für die Artikel der Rundschau übernommen. Die Tägliche Rundschau antwortete darauf, sie kennt diesen Mann gar nicht und siehe mit ihm in keinerlei Verbindung. Nun erklärt die Deutsche Tagesszeitung, daß der Rektor Keller in Birnbaum am 15. Januar an Herrn v. Endell aus Birnbaum nachstehenden Brief geschrieben habe: "Ein Hochwohlgeboren beeheire ich mich, um den Verdacht von Unschuldigen abzuwälzen, ganz ergeben anzugezeigen, daß ich der Verfasser des betreffenden Artikels in der Täglichen Rundschau bin und mich Ihnen zur Verfügung stelle." Am 17. Januar habe Rektor Keller aus Berlin an Major Endell geschrieben, daß er zur Abfassung seines Briefes vom 15. an ihn von keiner Person beeinflußt oder dazu bewogen worden sei. Er habe geglaubt, dadurch gewissen Persönlichkeiten und der Sache zu dienen. "Nachdem ich aber jetzt erfahren habe, daß ein Grund zu meinem Enttreten nicht mehr vorliegt, so nehme ich den Inhalt meines Briefes vom 15. d. Mts. zurück und hoffe, Sie dadurch befriedigt zu haben. Im anderen Falle muß ich natürlich die Folgen meines gut gemeinten Schrittes tragen. Ich hoffe es, ohne Rücksicht auf Personen, für meine Pflicht, für den hochverehrten Träger und Verfechter des Deutschstums in den Ostmarken einzutreten." — Die Tägliche Rundschau hat bisher nicht Gelegenheit genommen, darauf zu antworten.

(*) Stuttgart, 20. Januar. Die Deutsche Partei hielt gestern hier ihre Landesversammlung ab. Der als Gast anwesende Generalsekretär der nationalliberalen Partei, Bassemann, bestätigte den württembergischen "Deutschparteilern", daß zwischen ihnen und den norddeutschen Nationalliberalen nur der Unterschied des Namens bestehe. Reichsgerichtsrat a. D. v. Gehl hielt ein Referat über die schwäbische Politik. Er prophezeite, daß die Steuerreform diesmal gelingen werde, denn es werde eine Zweidrittelmehrheit zu stande kommen, welche der Ersten Kammer das von dieser begehrte erweiterte Budgetrecht einräumen werde; auch an dem Steuersatz von 6 Proz. (bei 200 000 M. und darüber), den seine

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Gierzu zwei Beilagen,

Automat

Leipzig

Ecke Neumarkt und Grimmaische Strasse.

Modernes Restaurant mit elektrisch-automatischem Betrieb.

Peinlichste Sauberkeit. **Selbstspülung der Gläser in fliessendem Wasser.**
Tadellose Speisen und Getränke. — **Kein Trinkgeld.**

Münchener, Kulmbacher, Pilsener Bier
 Zwenkauer Zukunftsbräu, Naumannsches Lagerbier } pro Glas 10 Pfg.

Portwein, Sherry, Malaga, Madeira, Marsala, Malvasia, Vermouth
 direkter Import aus Spanien und Italien, pro Glas 20 Pfg.

Cognac, feine Liqueure, Glühwein, Grog, Punsch, Bouillon, Kaffee, Chocolade, Gebäck.

Belegte Brötchen in reichster Auswahl à 10 Pfg.

Specialität: Warme Würstchen, Bockwurst mit Kartoffelsalat oder Sauerkraut.

Eröffnung Mittwoch den 22. Januar abends 5 Uhr.

Nationale Krankenkasse der deutschen Gold- und Silberarbeiter u. verw. Berufsgen. (E. H.) Zahlstelle Leipzig.

Sonnabend den 25. Januar abends 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung
 im Restaurant Knöding, Rossmarkt 9.

Tagesordnung: 1. Bericht vom Jahre 1901. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung. 3. Verschiedenes.

Donnerstag d. 23. Jan. nachm. 1/2 Uhr Gr. Saal d. Eldorado, Pfaffend. Str.

Frauenvortrag

Thema: Eheglück und Frauenklugheit.

Referentin: Frau Olga Schommer, Schriftleiterin des Hygienischen Ratgebers. Eintritt frei. — Gäste willkommen. — Einige reservierte Plätze à 1 M.

Voranzeige: Jeden Donnerstag Abend 8—9 Uhr Anat. hyg. Volks-Vorlesungen abfang 6. Februar II. Quartal: Innere Organe. Karten à 1 M. bei Leo D. V. des Naturheilvereins I., gegr. 1864 Bahntechn. Inst. Reichstr. 29/31. Dr. Lohse, 1. Vorl.

Schmiede von Leipzig und Umg.

Sonnabend den 1. Februar 1902

Großes Wintervergnügen

bestehend aus Konzert und Ball
 in sämtlichen Räumen des Felsenkellers, Plagwitz unter Mitwirkung von zwei Kapellen des Leipziger Musiker-Vereins.

Um 12 Uhr: Großer Cotillon-Festzug.
 Anfang 8 Uhr. Ende: Wann die Straßenbahn wieder fährt.

Programme sind bei allen Komiteemitgliedern, im Felsenkeller und in der Herberge zu haben.

Es lädt freundlich ein

Zum gemütlichen Ritter

Glockenstr. 4 früher Jägers Restauration Glockenstr. 4.

Allen gebräten Vereinen und Gewerkschaften empfiehlt meine neu renovierten Lokalitäten zur gesell. Benutzung. Fraužisches Billard.

Mittagstisch inf. Bier 50 Pf. Große Auswahl in Speisen. Jeden Sonnabend Schweinsknochen. Vereindzimmer noch einige Tage frei.

Hochachtend Franz Ritter.

Restaurant zur Nonnenmühle, Leipzig Mühlg. 14.

Empfiehlt meine freundlichen und geräumigen Lokalitäten zur geselligen Benutzung. ff. Getränke, gute Küche. Kräftiger bürgerlicher Mittagstisch sowie jeden Sonnabend Schweinsknochen. Hochachtend Gustav Linsenbarth. Geschäftsaal zu Vereins- und Familienfeiern steht unentgeltlich zur Verfügung.

Verantwortlicher Redakteur: Erich Seger in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinrich in Leipzig.

Die Verschrotung unseres

Bock-Bieres

beginnt

Dienstag den 28. Januar.

Gebr. Ulrich
 Brauerei Stötteritz.

Gemeinnütziger Verein Dötzsch.

Sonnabend den 1. Februar abends 9 Uhr

Ordentl. General-Versammlung

im Restaurant Hopfenblüte.

Tagesordnung: 1. Halbjahrs-Bericht des Vorstandes. 2. Antrag auf Aenderung der Statuten. 3. Verschiedenes.

Anträge sind bis zum 28. Januar beim Vorsitzenden eingzureichen.

Bahltreitem Besuch siebt eingehen

570) Der Vorstand.

Freitag, 24. Januar, Versammlung in der Hopfenblüte. Vortrag

des Naturkundigen Herrn Reischold:

Pflege und Erhaltung der Kinder mit

Berücksichtigung d. Kinderkrankheiten.

Hochfeine gebrannte Kaffees

in allen Preislagen

Chinesische Thees

Kakao Schokolade

empfiehlt [11138]

Gustav Hoffmann

Leipzig-Anger

Zweinaudorfer Str. Ecke Closteriusstr.

Handels-Gesellschaft, v. b. Neusch. Kirchstr. 67

Die Sächsische Central-Krankenkasse

für Männer und Frauen jeden Berufs zu Chemnitz

unter Staats-Oberaufsicht

nimmt gesunde Personen im Alter von 14—55 Jahren ohne ärztliche Unter-

suchung auf und gewährt in Krankenhäusern, bei freier Aerienwahl eine wöchent-

liche Unterstützung von 7—28 M. 15 Wochen voll und 15 Wochen lang zu-

hälften bei niedrigen Beiträgen.

Wegen Aufnahme und Auskunft wolle man sich an unseren Subdirek-

toren Burch. Jungmann, Leipzig-Gohlis, Altwegere Holzstraße 9, I

wenden. — Fernsprecher Nr. 7823.

Rührigen Herren kann eine Vertretung übertragen werden.

Neuer Gasthof
 Schönstes u. größtes Etablissement Paunsdorf der Umgegend. — Telephon 1531. Letzter Zug ab Paunsdorf-Leipzig 12,8 Min.

Freitag den 7. Februar

Großes öffentliches Kostüm-Maskenfest.

Hierzu lädt ergebenst ein [575] A. Wenger.

Johannis-gasse 23 Restaurant E. Stöcklein Johannis-

gasse 23 empfiehlt Freunden und Bekannten seine freundlichen Lokalitäten.

Gräßt. Mittagstisch mit Bier 50 Pf. ff. Lagerbier von Gebr. Ulrich, Stötteritz

Jeden Sonnabend Schweinsknochen.

1. Beilage zu Nr. 16 der Leipziger Volkszeitung, Dienstag, 21. Januar 1902.

(Fortschung aus dem Hauptblatt.)
eigenen Fraktionsgenossen in der Kommission beschließen hoffen, will sich Herr v. Gob gern mindestens 1 Proz. von der Ersten Kammer abhandeln lassen. Die Einführung einer Vermögenssteuer will er auf wenigstens 6 Jahre verlängern. In der Bollfrage erscheint ihm der vorliegende Entwurf acceplabel. In der Eisenbahnsfrage redet er dem Auschluss an Preußen das Wort, wobei er mitteilt, dass im Jahre 1900 die württembergische Eisenbahnsreise von 3,54 auf 2,91 Proz. gesunken ist. Im Jahre 1901 werde der Ausfall noch weit größer sein. Der Postmarkenvertrag findet seine Zustimmung, aber die Stände sollen darüber gehört werden. Abg. Dr. Hieber sprach über Reichssatzeswertes enthielt die Rede nicht, es müssten denn einige Phrasen über die Bedeutung der Deutschen Partei sein. Diese wurden aber gleich heute frechlich ironisiert durch die Meldung, dass der Bauernbündler Schrempf der Deutschen Partei das durch den Tod des seitherigen Abgeordneten Alldinger frei gewordene Landtagsmandat für Leonberg räumen will. Sie wird sich unter Schrempfs Foch beugen.

kleine politische Nachrichten. Das amerikanische Repräsentantenhaus beriet über die Vorlage betreffs der Bewilligung von 40 000 Dollars zum Empfang des Prinzen Heinrich. Cannon erklärte, es sei Pflicht einer großen Nation, dem Vertreter eines großen Volkes, das den Amerikaner soviel von seinem körperlichen und geistigen Wesen gegeben habe, einen würdigen Empfang zu bereiten.

Niederlande.

Niederländischer Rhodesianismus. — Allgemeines Wahlrecht.

Unser holländischer Korrespondent schreibt uns: Ich habe ein paar Wochen gewartet mit der Mitteilung einer öffentlichen Anklage gegen niederländisch-indische Regierungspersonen, weil die Anklage so ernsthaft ist, dass ich abwarten wollte, was dagegen eingebracht werden sollte. Die Anklage ist diese: Wie bekannt, macht das niederländisch-indische Heer eine Expedition nach Djambi, einem bis jetzt unabhängigen Volksstaat auf Sumatra. Diese Expedition, welche je länger je mehr zu einem Kriege wird — denn in den 5 Monaten, seit die niederländischen Vataillone auf dem Kriegsyab sind, hat man noch nichts erreicht, und schon werden weitere Truppen requirierte — ist sofort durch Bau Kol und eine Anzahl indischer Blätter, welche nicht in kapitalistischem Gold stehen, als eine vollständig unnötige Expedition gebrandmarkt worden; denn die Bewohner von Djambi thaten uns nie etwas zu leide.

Jetzt aber steht in der Soerabaya-Courant, deren Redakteur, Mr. Schimmel, ein sehr bewährter Mann ist, folgendes von Schimmel selbst verfasstes zu lesen.
"Ist es eine Pflicht der Vaterlandsliebe, es zu verschweigen? Ich glaube es nicht. Die europäische Bevölkerung Indiens glaubt und viele wissen es, dass große Summen Geld an Offiziere und hochgestellte Beamte versprochen sind, wenn die Djambi-Expedition gelingt und Konzessionen erzielt werden."

Ich habe, wie gesagt, mit der Mitteilung gewartet, um zu sehen, was die Presse dagegen bringen wird. Sie hat aber nichts gebracht. Einige Blätter ihun, als ob es selbstverständlich sei, dass die ganze Geschichte erfolgen ist, andere schweigen wie die Stockholms. Niemand verlangt eine Untersuchung, außer die sozialdemokratische Presse. Dabei wird's aber nicht bleiben! Am Dienstag den 21. Januar hat die sozialdemokratische Arbeiterpartei in mehr als 50 Orten Meetings veranstaltet, in denen für das allgemeine Wahlrecht demonstriert wurde.

Frankreich.

Die auswärtige Politik in der Kammer.

Paris, 20. Januar. Die Beratung des Budgets des Ministeriums des Neuherrn gab Veranlassung zur Besprechung mehrerer Interpellationen, welche die auswärtige Politik der Regierung befragen. Besonders baten die Deputierten in Armenien und die Weigerung des Haager Schiedsgerichtshofes, das Aufsuchen der Burenrepubliken zu prüfen, ein breites Sichtblatt für Declarationen über die Pflichten der Humanität. Die Interpellanten über den letzteren Punkt ergingen sich ausgiebig in buxenfreudlichen Reden. Der Deputierte Berry bezeichnete den gegenwärtigen Augenblick als günstig für eine Intervention und meinte, die Verlezung des Gesetzes über die Kriegsführung durch die Engländer gäbe eine passende Handhabe.

Clovis Hungues appellierte an das Mitleid Europas. Der Abt Lemire spielte auf die Hoffnungen an, die einst der

Südafrikanischen Republik gemacht worden seien durch ein anderes Land als Frankreich, und auf die Worte eines Ministers, der gesagt habe, dass Transvaal das Grab der Engländer sein würde.

Leon Bourgeois wollte die Ehre der Haager Friedenskonferenz retten. Er erkennt an, dass die Haager Konferenz bisher nicht die erwarteten Ergebnisse gehabt habe; aber man dürfe an der Zukunft nicht verzweifeln; die Mächte hätten die Ausschaltung der Südafrikanischen Republik von der Haager Konferenz angenommen, um zu einem Resultate zu kommen. Im übrigen habe die Konferenz kein obligatorisches Schiedsgericht eingesetzt.

Der Minister des Auswärtigen, Delcassé, sprach wie ein Bülow. Er erklärte, man sei immer sicher, ein Echo zu finden, wenn man sich an die Gefühle der Menschlichkeit wende. Die Redner, welche dies gethan hätten, würden es aber auch natürlich finden, dass der Minister des Auswärtigen anderen Erwagungen gehorche; er erklärte, dass die Signatarmächte der Haager Konferenz sicher die Schreden des Krieges hätten verhindern wollen; sie hätten aber hingegenseit, dass man gewissen Umständen Rechnung tragen müsse. Wer werde, fragt der Minister, Nichter dieser Umstände seien? Dergenige, der sich zum Richter machen wollte, würde Gefahr laufen, Konflikte zu verursachen. Der Verwaltungsrat des Schiedsgerichtshofes habe sich nur inkompotent bezüglich der Südafrikanischen Republik erklären können. Er seinerseits werde kein Bedenken tragen, die Initiative zu einer Vermittlung zu ergreifen, wenn dieselbe von beiden Parteien angenommen würde. Aber bisher gestatte nichts die Annahme, dass es dazu kommen werde. Man müsse den Krieg führen, um das Ende desselben herbeizuführen. Sein voraussehender Patriotismus gebiete ihm die Pflicht der Einhaltung. Die Regierung könne nicht die auswärtige Politik Frankreichs verpflichten; es sei seine Pflicht, sich volle Freiheit zu wahren.

Nachdem der Redeflux sich genügend ergossen hatte, wurden sämtliche Interpellationen durch Übergang zur einfachen Tagesordnung erledigt.

Großbritannien.

Die Beratung der Adressdebatte.

London, 20. Januar. Im Unterhaus wurde heute die Beratung der Adressdebatte fortgesetzt. Der liberale Cavley stellte einen Antrag, in welchem ausgeschlossen werden sollte, "dass die Politik der Regierung und ihre Haltung gegenüber einer Belebung des Streites nicht zu einer nahen Beendigung des Krieges und zur Herstellung eines dauernden Friedens geführt hätten". Cavley fragt sodann, ob das Gericht, das Gesetz die der Buren Friedensunterhandlungen eröffnet hätten, wahr sei. Chamberlain unterbricht und bemerkt, dass Gericht sei unbegründet. (Beifall auf den Bänken der Ministerien.) Dilse erklärt, alle seien über die unehrenvolle Wirkung der Verlängerung des Krieges in Südafrika und in Europa einig. Weshalb sei denn jetzt Chamberlains Traum von dem Bündnis mit einer Militärmacht gänzlich verstummt? Weshalb sei jetzt Englands langes Einvernehmen mit Italien durch dessen Einverständnis mit einer anderen Macht ersezt und weshalb sei England in der Welt isoliert? Daraan sei die Verlängerung des Krieges schuld, und für diese Verlängerung sei die Regierung verantwortlich infolge der Verschleppung ihrer Vorbereitungen während des ganzen Feldzuges. Durch ihre eigenen Erklärungen habe die Regierung sich in die Stellung gebracht, keinen Frieden schließen zu können, ohne das Land zu demütigen, während sie gleichzeitig Mangel an Energie bei der Kriegsführung gezeigt habe. Howard Vincent bekämpft den Antrag Cavley, erklärt jedoch, dass nach dem Ende des Krieges, welches vielleicht im Juni möglich sei, eine Garnison von mindestens 100 000 Mann vier bis fünf Jahre in Afrika verbleiben müssen.

Chamberlain erklärt, es stehe in der Geschichte des Parlaments ohne Beispiel da, dass bei einer Debatte über ein Todesvotum nicht ein einziger frischer Minister bisher dasseleb verteidigt habe. Man sagt, der Zweck des Untertrages sei der, von der Regierung zu erfahren, wie der Krieg enden werde. In zweiter Linie beabsichtige der Antrag jedoch, diejenigen, welche die Gerechtigkeit des Krieges bestreiten, von barbarischer Art und abschrecklicher Grausamkeit der Kriegsführung reden und glauben, England solle um Frieden nachdrücken und Milner abrufen, bei der Abstimmung diejenigen zu sich herüberzuziehen, die, wie Asquith, Rosebery, Grey, anerkannt hätten, dass der Krieg ein gerechter und die den Gedanken zurückwiesen,

das Versöhnliche an ihm. Er ist kein schlau berechnender Intrigant, sondern einer, der sich gerne heute den Bauch vollsäfft und an das Morgen nicht weiter denkt, bald der Knopf auf Fortunas Mühle, bald die Sohle ihrer Schuhe. Er ist ein kleiner Lump, kein großer Schurke, und darum immer drosslig, niemals abscheuerregend. Man muss nur das schwandene Behagen sehen, mit dem er sich's auch im Augenblick wichtiger Entscheidung an der Tafel wohl sein lässt. Man muss ihn essen und trinken sehen, sehen, wie er alle Stadien des Rauhhauses, von der höchsten Lust zum tiefsten Jammer, von der Anheiterung zur Verlossenheit durchläuft. Man muss sehen, wie er den Übergang vom polternden Brambaras zum feigen Auskneifer zu finden weiß. Und niemand wird sich des Gesichts entzögeln können, dass dieser Mann ein großer und liebenswürdiger Meister seiner Kunst ist.

Die Endrufe wiederholen sich im zweiten Stück in ähnlicher Weise. Almet man auch in der „Furcht vor der Freude“ von dem entgleischen Holzast des Alexandriner auf, so ist doch dieses Stück eines der langwiliesten und geflochtenen, das je geschrieben worden ist. Und verhindern die Ministrer sich auch jetzt, von den Bänden des strengen Stils erlost, freier zu bewegen, so bleibt doch Coquelin immer der einzige interessante Punkt. Er zieht einen Diener, der eine franke Mutter auf die Wiederkehr ihres totgeglaubten Sohnes langsam vorbereitet hält, ein alles Hausmöbel wechselnd zwischen dienerhafter Untergebenheit und vertraulicher Liebeswürdigkeit, zwischen Führung und schalkhafter Verschämtheit, zwischen hausväterlicher Vorsorge und lasaienhäuserner Beschränktheit. So baut sich hier wie dort die Wirkung seltener Kunst gleichzeitig auf einer kunstwirksamen und einer künstlerischen Gegenseitigkeit auf. Auf einer kunstwirksamen, insofern ihm die Gleichgültigkeit des Themas und der übrigen Personen zur Folie dient, auf einer künstlerischen, soweit es sich um innere Gegensätze des Charakters handelt, die in seinem Persönlichkeitsschilde in virtuosenhafter Weise ihren einsachen und in seiner Einfachheit überraschenden Gegensatz finden.

In diese Welt der Vorschriftsmäßigkeit tritt ein kleines Männerlein mit Schwanzäuglein und sanft zur Höhe geschwungenem Klaue. Er geht seinen eigenen Gang, spricht in seiner eigenen Art. Er hat seine eigenen Gehärde, und in dem faltreichen Gesicht zuckt und wittert es. Er spielt den Hannibal, den Bruder Gorndes, halb modernen Louis, halb Falstaff. Man hat im ersten Augenblick ein Bild eindringlicher Lebenswahrheit vor sich. Eine gutwillige Canaille, einen Bonvivant des Lumpentums. Das ist zur Wahrheit reichender Schein der Natürlichkeit umstrahlt, klingt war glänzend.

den Buren Friedensvorschläge zu machen und Milner hinzutun. Der Auftrag sei unrechtfertig. (Beifall auf den Bänken der Ministerien). Er wolle die genaue Stellung der Regierung hinsichtlich der Lösung des Streites darlegen. Er sei außer Stande, einen wesentlichen Unterschied zwischen der Ansicht der Regierung und der der imperialistischen Liberalen zu erkennen. (Ironischer Beifall bei den Freien.)

Nach Chamberlains Rede, deren Schluss wie auf morgen zurückstellen, beantragte Dillon zu dem Tadesantrage Cavley eine abgedrehte Einleitung, in der ausgesprochen wird, dass die englische Kriegsführung in Südafrika systematische Verwüstung des Landes und Masseneinwanderung von Frauen und Kindern in den Konzentrationslagern barbarisch sei und den Unwillen der civilisierten Welt erregt habe. Der Antrag Dillon wird mit 283 gegen 84 Stimmen abgelehnt.

Von anderer Seite wird über Chamberlains Auslassungen geschrieben: Chamberlain hat heute im Parlament wesentlich anders und ruhiger gesprochen als früher. Nachdem er zuletzt wiederholte, dass die Humanität der englischen Armee unberührbar sei, sagte er, es sei durchaus verkehrt zu behaupten, dass England beabsichtige, die Buren anzuziehen. Auch wird die Regierung nicht die Konfiszation des Privateigentums der Buren fordern. Die erste Bedingung indessen für einen ernsthaften Frieden sei, dass die Buren endlich einsehen, dass sie geschlagen sind. Dann wird die Regierung vernünftigen Friedensverträgen, die von vernünftiger und autorisierter Seite kämen, nicht taub gegenüberstehen. Aber England sei nicht gewillt, jetzt irgend welche Schritte zu unternehmen, die als Schwäche ausgelegt werden könnten. Sei der Frieden erst wieder hergestellt, so seien die Buren einer großen und großmütigen Auseinandersetzung sicher.

Die ersten Morgenblätter lesen aus der Rede Chamberlains heraus, dass tatsächlich Friedensunterhandlungen in der Luft schwelen und dass die Auseinandersetzungen der Regierung eine goldene Brücke für die Buren und eine Aufrüttung zur Aufknüpfung von Friedensunterhandlungen sind.

Sächsischer Landtag.

s. Dresden, 20. Januar.

28. Sitzung der Zweiten Kammer.

Beginn mittags 12 Uhr.

Interpellation des Abg. Gontard und Genossen über die Vorlegung eines Geschenkswurfs über die Oberrechnungskammer. Die Interpellation vom 21. November 1901 lautet:

Ist die Regierung geneigt, den Ständen einen Geschenkwurf über die Oberrechnungskammer vorzulegen, der dem Inhalt nach der Vorlage vom 18. Oktober 1875 entspricht?

Staatsminister v. Meissner erklärt sich bereit, die Interpellation zu beantworten.

Abg. Gontard - Leipzig (nat.-lib.) begründet die Interpellation. Er spricht so leise, dass ein großer Teil seiner Aussführungen verloren geht und der Präsident ihn ermahnen muss, auf die Rednertribüne zu gehen, weil die Minister nichts verstanden. Herr Gontard sagte etwa folgendes: Die angeregte Frage hat in den 70er Jahren Regierung und Stände lebhaft beschäftigt. Zweimal wurden Vorlagen zur Regelung dieser Materie dem Landtag vorgelegt. Die Vorlagen sind nicht zur Verabschiedung gelangt, weil Staatsrechtliche Bedenken erhoben wurden. Den einen war die geplante Befugnis der Oberrechnungskammer zu groß, den anderen zu gering, aber alle waren darin einig, dass eine Änderung eintreten müsse.

Nach einer Zeit stetiger Entwicklung unserer Staatsfinanzen sind wir in eine Periode des Stillstands eingetreten, und niemand kann wissen, ob uns nicht die sieben mageren Jahre bevorstehen. Eine weise Sparfamilie in den Staatsfinanzen könnte wesentlich gefördert werden, wenn eine unabhängige Revisionsstelle geschaffen würde. Es ist wahrscheinlich sehr vielen so gegangen wie mir: Als ich in die Kammer eintrat, fragte ich, ob wir in Sachsen überhaupt eine Oberrechnungskammer haben. Da einzig, was ich von der Oberrechnungskammer, so lange ich der Zweiten Kammer angehöre, gelernt habe, ist, dass der für sic im Etat ausgeworfene Ausgabenposten jedesmal anstandslos bestwilligt wird. (Heiterkeit.) Außerhalb des Hauses hört man ja von der Oberrechnungskammer allerlei Kuriosen, so, dass zu hohe Ausgaben für Streifend oder Tinte oder Beisen in den einzelnen Beamtenstuben gerügt werden. (Heiterkeit.) Von ernsteren Stügen ist nichts bekannt. Die Abgeordneten vermögen die Arbeit, die die Oberrechnungskammer leisten sollte, nicht zu tun. Selbst von den einzelnen Referenten ist nicht zu verlangen, dass sie nach 4 bis 5 Jahren im Büro haben, an welche Bedingungen eine Befugnis geknüpft werden sei. Die Rechnungsprüfung durch die Oberrechnungskammer ist also heute mehr formal. Der Rechenschaftsbericht wird aber zur Zeit von denselben Beamten-

unglaublich und es hat eines Genies bedarf, das wahr zu machen. Heute spielt er Möllere. Davon wird morgen noch ausführlich die Rede sein müssen.

Friedrich Stampfer.

Theaternachrichten. Zum Neuen Theater wird am Mittwoch die Oper Die Tochter des Regiments gegeben, welcher d'Alberts Oper Die Abreise vorausgeht. — Im Alten Theater wird nachmittags 3 Uhr zu ermäßigten Preisen Frau Holle wiederholt; abends 7 Uhr wird als 18. volkstümliche Vorstellung zu halten. Preisen Die Anna-Liese und Die Geschwister aufgeführt.

Am Donnerstag wird im Neuen Theater Alt-Heidelberg wiederholt.

Dellingers neue Operette Zabuliga gelangt am kommenden Sonnabend im Alten Theater zur ersten Aufführung.

Berliner Theaterbrief. Aus Berlin wird uns vom 20. Januar geschrieben: Im Residenztheater hat ein neuer Schwan der französischen Kostümfabrikanten Wilh. und Hennequin, bestellt: Die japanische Base, bei seiner Premiere den oriëntalistischen Lachershof gehabt. Eine lebenslustige junge Frau ist mit einem gutmütigen alten Herrn verheiratet. Sie düst nach Liebe und sammelt Antiquitäten. Sie folgt bei ihrem außerkölschen Abenteuer den Trieben, den Liebhaber mit dem ahnungslosen Gatten befreundet zu machen. Ihr Ziel wird indessen nicht erreicht, denn die Freundschaft gestaltet sich, dann den vorzüllichen Charaktereigenschaften des alten Herrn Monturey, so herzlich, dass der junge Herr Hubert seine Zeit übrig behält, seinen Liebhaberstlichen Nachzukommen. Als es daher endlich nach vielen Mühen gelingt, durch Vertrümmern des wertvollsten Stücks der Antiquitäten Sammlung den Zorn des treuherzigen Alten zu reizen und der Freundschaft ein Ende zu machen, hat sich Frau Antonietta Neigung bereits einem anderen Giebel zugewandt und sie muss nun mit Herrn Maxim daselbe Spiel in umgekehrter Tendenz von neuem beginnen. Dieses gelingt der Frau schneller und gründlicher und sein Gelingen hat gleichzeitig eine Auslösung zwischen Monturey und Hubert zur Folge. So wird jedem zu teil, was ihm gebührt: der jungen Gattin der Liebhaber, dem ältesten Gatten der Freund.

Die Darstellung, mit Maria Reisenhofer als Antonietta, Hans Pagaz als Monturey und Richard Alexander als Hubert, ist unglaublich überraschend.

J. S.

organen aufgestellt, die über die Verwendung der Staatsgelder befinden, die Gelder verausgaben. Posten im privaten Leben der Altgemeinschaften eben verfahren und ihre Direktoren zu Aufsichtsräten ernennen, so würden sie bald Schifffahrtsanstalten der moralische Einfluss, den die Errichtung einer solchen Kommissionelle auf die Beamten ausübt, ist nicht zu unterschätzen. (Sehr richtig!) Nebenschriften bei den bewilligten Posten gehören bei uns nicht zu den Seltenheiten. In diesem Staat haben auch Nachforderungen im ganzen Lande das schmerzliche Aussehen erzeugt. Wenn die Namen jener Herren, die die Nehmungsabgaben verursachten, im Lande bekannt wären, so wäre das gut. Ich bringe nun einige Beispiele.

Es ist uns hier gesagt worden, daß die Erhöhung des Wechselskoeffizienten der Eisenbahnen durch die Kohlenverwertung entstanden sei. Eine nähere Prüfung des Rechenschaftsberichts ergibt aber, daß die Kosten von 1897 auf 1898 um 8 Prozent billiger geworden sind. Dagegen ist der Kohlenverbrauch auf den Kilometer gestiegen. Die Nehmungsabgabe beträgt 3 Millionen Mark. Es wird uns wohl gesagt, der Nehmungsverbrauch sei durch das Dresden-Dernitzwerk entstanden. Ich habe aber die Vermutung, daß die am 1. Januar 1898 abgeschaffte Einrichtung der Kohlenersparnisprämien zu dem Nehmungsverbrauch geführt hat. Wenn die Überrechnungskammer nachweisen könnte, daß die Vermutung begründet ist, so müßten wir die Prämien wieder einführen, womit wir 10 Millionen schon erspart haben würden. Solchen Erfahrungen gegenüber spielen die Abgaben für die Überrechnungskammer keine Rolle. Im Kapitel 16 Titel II (Wegeleiter, Reile und Zugzöpfen) sind die Ausgaben um 197.000 M. gesunken. Es heißt dort: „Die Mindereinstellung beruht darauf, daß für gewisse Bezirksbeamte vom 1. Januar 1902 ab Einschränkungen in der Berechnung der Wegeleiter einzutreten sollen.“ Es erscheint mir ungültig, den einzelnen Dienststellen überlassen zu lassen, wie viel sie in dieser Hinsicht ausgeben wollen. Man müßte den einzelnen Dienststellen vorföhren, was sie verbrauchen dürfen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Dazu gerade die Wegeleiter und Wegeleiterin ist doch jüngst hört man oft klagen. Mir ist es immer ein peinliches Gefühl, daß mir, wenn ich als Deputationsmitglied nach Dresden reise, zwei Fahrkarten zur Verfügung gestellt werden. Mit den Beleidigungsreisen wird ein großer Kurzus getrieben. Mein Bruder wollte einen Fußweg an der Bahn abändern. Die Korrektur kostete vielleicht 2 M. Dieser Bagatelle wegen haben schon vier Dienstreisen stattgefunden. Hört, hört bei den Nationalliberalen.) Auch bei Anlaß von Areal kaufte der Käuflein oft zu teuer. Wie ist ein Fall bekannt, wo der Eisenbahnstall ein ihm angebotenes Areal zurückwies, im nächsten Jahre aber das ihm angebotene Stück Land aus dritter Hand zu sehr viel geringerem Preis doch erworb. Bei einer der neuen Amtshauptmannschaften wurde eine Remise und ein Stall errichtet. Als die Stellung aus der Erde wuchs, erklärte der Käuflein des Amtshauptmanns, das Stalltor sei zu schmal. Man moch noch und das Thor war vielleicht nur 1½ Centimeter breiter als die Krije. Nun rendete sich der Amtshauptmann an die aufständische Behörde und bat, jetzt, wo es noch Zeit sei, gleich das Thor größer zu machen. Die Baubehörde erwiderte aber: Das kann wir nicht. Dagegen wollen wir nächstes Jahr eine Reparatur vornehmen und das Thor verbreitern. Dann können wir die Kosten als Reparaturosten motivieren. Das zu enge Thor wurde also fertiggestellt, weil die Zeichnungen genehmigt waren. Auch hier hätte die Überrechnungskammer eingreifen können. Sie hätte ferner zu fordern, daß im Staat keine Schließungen vorkommen. So ist es passiert, daß von Ersparnissen des Eisenbahnstalls das Gebäude der Generaldirektion in Dresden gebaut wurde, ohne daß man die Kammern um das Geld anging. (Hört, hört bei den Nationalliberalen.) Das ist eine Umgehung des Bewilligungsrechts des Landtags. Es handelt sich bei unserem Wunsch, die Überrechnungskammer vom Ministerium unabhängig zu machen, nicht um Verneinung der Rechte der Stände, sondern nur um eine wirksamere Kontrolle der Staatsfinanzen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Staatsminister v. Weisch: Die Regierung hat der Neugründung der Überrechnungskammer bis in die allerneueste Zeit Aufmerksamkeit geschenkt. Jetzt will Ihnen auf dem Wege der geistlichen Fortbildung zeigen, aus welchem Grunde die Regierung Anstand genommen hat, die Frage der Neugründung durch einen gesetzlichen Akt zu erledigen. Die Überrechnungskammer ist hervorgegangen aus der Institution der Überrechnungsdeputation. Nach Erlass der Verfassung wurde sie dem Gesamtministerium unterstellt und als inneres Organ der Staatsverwaltung bezeichnet, das der Landesvertretung nicht verantwortlich sein sollte. Erst 1871/72 regte die Weite Kammer an, die Überrechnungskammer auf Gesetzesgrund zu stellen. Im Hinblick auf Preußen wollte man die Überrechnungskammer in direkte Beziehungen zu den Verhandlungen der Ständekammer bringen. In dem Regierungsentwurf von 1873 unterstellt man die Überrechnungskammer direkt dem Könige. Die Hauptfrage war: Mit dem Rechenschaftsbericht sollte auch der Bericht der Überrechnungskammer an die Stände gelangen. In dem Entwurf von 1875 blieb alles beim alten. Nur die Überrechnungskammer wurde dem Gesamtministerium unterstellt. Den Entwurf zog die Regierung zurück und nahm die Neugründung im Verordnungswege vor. Die Verordnung von 1877 besteht heute noch zu recht. Durch die Einbringung zweier Gesetzentwürfe hat die Regierung genügend bewiesen, daß sie der Regelung bei

der Überrechnungskammer nicht entgegensteht. Die Regierung hat jetzt auch schon genügend Erfahrungen gesammelt, um die Neugründung zu bringen zu gestalten. (Hört, hört!) Hat die Überrechnungskammer gegenwärtig die verfassungsmäßige Selbständigkeit und Unabhängigkeit? Dadurch, daß die Überrechnungskammer nur dem Gesamtministerium unterstellt ist, ist meines Erachtens vollständige und genügende Sicherheit geboten. Die wohlwollende Erwähnung will die Regierung ziehen, insoweit es angemessen erscheine, die Ergebnisse der Kontrolle der Überrechnungskammer den Ständen zugänglich zu machen. Wenn die Regierung an die Neugründung herantritt, ist thut sie es nur in der Voraussetzung, daß ihr als Grundlage ein Beschluss beider Kammern geboten wird. Wenn aber wirklich die Überrechnungskammer so gestaltet würde, wie der Berichterstatter wünscht, so würden alle schweren Verstöße, die er vorgetragen hat, nicht bestraft werden können. Diese haben mit der Überrechnungskammer nichts zu thun. Derartige Mißstände können schon jetzt jederzeit durch die Kritik des Landtags bekämpft werden.

Abg. Kellner (nat.-lib.) beantragt die Befreiung der Interpellation, was angenommen wird.

Abg. Dr. Vogel-Dresden (nat.-lib.) meint, man müsse die Überrechnungskammer schon um bestimmt mit mehr Unabhängigkeit ausstatzen, um zu beweisen, daß es in unserem Staatswesen nichts zu verheimlichen gebe. Heute erfahre man nur zufällig von amtlichen Mißständen. Die Überrechnungskammer sollte aber das Material auf gesetzmäßigen Wege kämpfen werden.

Abg. Dr. Ovi (sozi.) erläutert namens der Konservativen, daß die Interpellation nicht unfreundlich gegenüberstehen.

Die Berichte der Überrechnungskammer sollten jedenfalls nicht im Staatsarchiv aufbewahrt, sondern den Kammern vorgetragen werden. Die Nationalliberalen hätten statt der Interpellation einen Antrag einbringen sollen.

Abg. Kellner-Schönberg (nat.-lib.) gesteht, von der Medaille des Herrn v. Weisch enttäuscht zu sein. Er habe erwartet, daß Ministerium werde für den nächsten Landtag eine diesbezügliche Vorlage in Aussicht stellen. Zehn Jahre ist vor, daß der Rechenschaftsbericht bewilligt wurde, während noch ungeprüfte Rechenschaften bei den einzelnen Amtshäusern lagen. Er behalte sich vor, später einen Antrag einzubringen.

Nachdem Abg. Kräfe wiederholt hat, was er von den Ausführungen des Vorredner verstanden hat, erklärt Staatsminister v. Weisch, er könne die Zusicherung machen, die Regierung werde nicht verabsäumen, eine Vorlage möglichstweise im nächsten Landtag einzubringen, aber es müsse wenigstens ein ständischer Antrag vorliegen. In Preußen und im Reich werde ein Bericht von der Überrechnungskammer geliefert. Der eigentliche Bericht kommt an das Parlament erst 2 bis 2½ Jahre später. Wenn die Herren belieben wollten, das zu wünschen, das würde die Neugründung erleichtern. Auch der Fortfall der Superrevision würde die vorhandenen Schwierigkeiten wegräumen. Er wolle aber nichts Bindendes aussprochen haben.

Die Abredeliste ist nach 2½ stündiger Verhandlung er schöpft. Morgen 10 Uhr Petitionen (Dresden 35, 39 und 45).

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Die Freiheit der Wahl und das Unternehmertum. Wegen Fabrikantenbeleidigung wurde, wie wir bereits mitgeteilt haben, Genosse Jädel in Crimmitschau zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Sache ist interessant genug, um auf sie etwas ausführlicher einzugehen. Ein bei dem Spinnereibesitzer Schönfeld in Crimmitschau beschäftigter Arbeiter wurde als sozialdemokratischer Wahlmann aufgestellt. Der Arbeiter war 11 Jahre in der Fabrik, ohne jemals einen Tadel erhalten zu haben, ein Beweis, daß der Unternehmer mit ihm zufrieden war. Am Tage der Wahl hat er nun von seinem Meister die Erlaubnis erhalten, nach Werda zu fahren, um sein Wahlrecht auszuüben. Aber der Chef ließ ihn ins Comptoir kommen und erklärte ihm: „Was haben Sie in Werda zu Ihnen? Gehen Sie an Ihre Arbeit. Sie schwimmen gegen den Strom, sind also gegen uns, und solche Leute können wir nicht gebrauchen.“ Sie hören in vierzehn Tagen auf!“ Der Meister befandet in der Verhandlung, daß, wenn der Arbeiter sich nicht um die Wahl gekümmert, er nicht entlassen werden sei. Diese Thatsache hatte Jädel in einem Flugblatt mit der Überschrift: „An den Wahl!“ zur Kenntnis der Arbeiter gebracht und kritisiert. Der Verteidiger Jädels, Justizrat Schumann-Plauen, wies treffend darauf hin, daß es im rein sozialistischen Sinne geschrieben und dem gerechten Mann über eine Handlungswise, die kein Mensch billigen könnte, entsprungen sei. Die Thätigkeit als Wahlmann sei ein Ehrenamt und es gehe daher nicht an, den Arbeiter nach elfjähriger Thätigkeit deswegen zu entlassen. Wäre die Maßregel des Fabrikanten nicht öffentlich bekanntiert worden, so würde sich schließlich kein Arbeiter mehr als Wahlmann oder Bevölker zum Gewerbegericht aufstellen lassen aus Furcht vor der Entlassung. Die That des Angestellten sei aus-

diesen Gründen einem edlen, idealen Motiv entsprungen. Das Gericht war jedoch der Meinung, daß der Fabrikant im Recht war, als er den Arbeiter entließ, und verurteilte J. zu zwei Wochen Gefängnis.

Das ist ein einfach unbegreifliches Urteil. Die Handlungsweise des Unternehmers grenzt nahezu an Exzess, denn dieser macht sein wirtschaftliches Übergewicht geltend, um den Arbeiter zu verpassen, von seinem Rechte als Staatsbürger keinen Gebrauch zu machen. Zum mindesten ist aber die Handlungsweise des Unternehmers auf entschieden zu verurteilen. Wird aber eine solche Handlungsweise öffentlich gezeigt, so wird der Kritiker noch wegen Beleidigung verurteilt.

Ein unbekannter konservativer Wahlhelfer. In einer konservativen Versammlung in Marbach trat bekanntlich auch ein „bekannter Sozialdemokrat“ auf, der sich Schulze nannte und ein Buchdruckereibesitzer in Rossen sein sollte. Die Konservativen führen den Mann in allen Versammlungen mit sich. Wie nun der Rossener Bürgermeister mitteilt, gibt es in Rossen gar keinen Buchdrucker namens Schulze, wie überhaupt kein Mensch das fragwürdige Individuum kennt. Wer mag sich nun hinter diesem Wahlhelfer verbergen? Wie ironisch muß es um eine Partei stehen, die gezwungen ist, mit solchen zweifelhaften Elementen gegen die Arbeiter zu operieren!

Gemeindewahlkuriatorium. Von einer schwierigen Wahl besticht der A. T. aus Alstadt bei Ostroh, denn es mußte gewählt werden, ohne daß die Wähler im Sinne des Wortes „wählen“ durften! Die Wähler hatten nämlich nur die „Wahl“, einen ganz bestimmten Bauern zu wählen. Etwas anderes als gerade diesen Bauern zu wählen, konnte es gar nicht geben! Es handelt sich um die Erfahrung eines Vertreters der Klasse der Bauern. Nun hat Alstadt nur fünf Bauern. Von diesen sieben aber drei im Gemeinderat, einschließlich des Gemeindeschultheiten. Die anderen zwei sind aber weder wählbar noch wahlberechtigt. Nun schied einer von den dreien aus dem Gemeinderat aus: Ein Bauer mußte aber wieder gewählt werden und ob ein anderer wählbarer Bauer nicht da war, so blieb gar keine andere Wahl, als den ausgeschiedenen Bauern wieder zu wählen, was von den beiden anderen Bauern, die im Gemeinderat sitzen den einzigen wahlberechtigten Bauern — denn auch „einstimmig“ gelobt. Die drei Bauern im Gemeinderat haben also das Recht, ständig im Gemeinderat — sich selbst zu vertreten! So was nennt man in Sachsen ein „Wahlrecht“ — Hier hat sich einmal gezeigt, wohin es führen kann, wenn den Dorfreaktionären die Bestimmungen über die Gemeindewahlen in der L.G.O. noch nicht rücksichtig und reaktionär genug sind und sie noch über das hinausgehen, was dort bestimmt ist.

Die Reise! Das Reichenbacher Tageblatt schreibt: Sehr schwach erhält sich fortgesetzt der Durchgangsverkehr bei der Eisenbahn. Das Personenzug mit 5, 4 und weniger Personen den Bahnhof passieren, ist jetzt keine Seltenheit. Der Sonnabend-Frühzug nach Leipzig (5 Uhr 10 Minuten) traf mit 2 Passagieren von Plauen hier ein und fuhr mit nur 1 Fahrgäste weiter. Es vergeht gegenwärtig kein Tag, an welchem nicht Güterzüge ausfallen. Infolge solcher Unstädte ist es in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß ganze Sektionen von Zugpersonal nicht in Dienst zu treten brauchten.

Dresden, 21. Jan. Im königl. Schauspielhaus rief gestern mittags während der Aufführung des Schauspiels Die rote Rose ein Herr im Parkett „Feuer!“ Dadurch entstand eine furchtbare Panik. Alles stürzte nach den Ausgängen und drängte sich dort zusammen. Dazu kam, daß plötzlich der Vorhang niederging. In den Wandlängen verhielten die Feuerwehrleute und Zogenschleifer das Publikum. Der Herr hatte von dem Stütze aufgerufen, Schreikrämpfe bekommen und „Feuer!“ gerufen. Ein Teil der Zuschauer ließ sich bewegen, das Theater wieder zu betreten.

Zittau, 20. Jan. Sonnabend nacht hatte ein Offizier mit einem Kaufmann in einem Café hier ein Kennenlernen. Welches damit endete, daß der Kaufmann den Offizier ohngefeiert. Am nächsten Tage erschien der Offizier, der Lieutenant Robert Rose vom Infanterie-Regiment Nr. 102, in der Wohnung des Kaufmanns Richard Haebler, um sich persönlich Kenntnis zu holen. Er bemerkte kurz, daß er für die ihm zugesagte tödliche Beleidigung Rebende nehmen müsse und brachte ihm mit dem Säbel einige leichte Verletzungen am Kopfe und Arm bei. Die 13jährige Tochter des Kaufmanns alarmierte die Hausherrn und diese riefen telefonisch die Polizei herbei. Beidetant Rose wird sich demnächst vor dem Militärgericht in Dresden zu verantworten haben.

nr. Die Fortschritte der Chemie und Physik im Jahre 1901. Wo die großen Theorien beginnen, berühren sich die Wissenschaften der Chemie und der Physik so nahe miteinander, daß eine Grenze zwischen ihnen nicht mehr gezogen werden kann. So kommt es, daß in den beiden Theorien, die der Fortschritt in diesen Grundwissenschaften während der letzten Zeit gleichzeitig den Stempel aufgedrückt haben, die physikalischen und die chemischen Aufbauungen im gleichen Grade beteiligt sind. Es sind dies das Wesen der strahlenden Körper und die Verflüssigung der Gase, beides Gegenstände von einer unermeßlichen Wichtigkeit, deren tiefer Erklärung zu einer wahren Umwälzung in den wissenschaftlichen Lehren führen können. Als der erste strahlenaussendende Körper in dem bis dahin unbekannt gewesenen Element Radium entdeckt worden war, sagte einer der herausragendsten deutschen Physiker, auf ein Stilus dieses kostbaren Stoffs deutend: „Darin steht ein Rätsel, dessen Lösung vielleicht unsere heutige Ansicht von dem Wesen der Materie über den Haufen werfen wird.“ Auch nach den in vielen Beziehung wichtigen und erstaunlichen Neuerungen, die das vergangene Jahr über die Strahlentzündung gebracht hat, stehen wir heute noch von der Lösung dieses Rätsels weit entfernt. Ihren Ausgangspunkt nahmen diese Forschungen von der Entdeckung der sogen. Uranstrahlen durch Becquerel. Dann wurde nachgewiesen, daß außer dem Uranium auch das Thorium die Fähigkeit einer unerhörten Strahlung besaß, und der Fund besonderer strahlender Elemente (Thorium, Polonium, Actinium) durch das Pariser Gelehrtenpaar Curie und durch Debierne fügte den bisherigen Beobachtungen neue Wunder hinzu. Im vergangenen Jahr fanden dann die deutschen Gelehrten Hoffmann und Strauß in verschiedenen Mineralien, z. B. der Beschleunige, dem Elektrit, Brüderit, Spuriferit einen Körper, der in seinen chemischen Eigenschaften durchaus dem Blei gleich, aber eigentlich Strahlen aussendet. Es wurde festgestellt, daß diese Strahlen nicht nur in völliger Dunkelheit auf die photographische Platte wirken, sondern auch ein Licht auslösen, das eine Linie im violetten Teile des Spektrums erzeugt. Da diese Linie von der des Blei verschieden ist, haben die beiden Forstheren angenommen, daß in diesem Körper noch ein bisher unbekanntes Element enthalten sein müsse. Professor Pégram in New York ermittelte die Eigenschaft der Körperstrahlung noch bei verschiedenen anderen Substanzen, so bei einem Kristall des seltenen Minerals Columbit, das bisher Uranium noch Thorium enthält, ferner an Proben

von Sauerstoffverbindungen der Elemente Erbium und Niobium, so daß die Auslösung unsichtbarer Strahlen eine weit größere Verbreitung in der sogen. „unbelebten“ Natur zu beobachten scheint, als man selbst nach den letzten Entdeckungen anzunehmen wagte. Was haben nun aber diese Strahlen überhaupt zu bedeuten? — Darüber haben auch die größten Kenner bisher nur Vermutungen aufstellen können. Nach den Messungen von Curie beträgt die Strahlung, wenn man sie als eine elektrische Aufladung annehmen will, bei Verbrauch eines Milligramms des strahlenden Körpers nur 10 Millionstel Watt, und dieser Verbrauch tritt erst in einer Million von Jahren ein. Becquerel hielt die Strahlen für ein lösliches Element, für eine Loslösung des Stoffs in winzigen, unmeßbar kleinen Teilen. Curie und Debierne machen nun vor etwa 9 Monaten die höchst auffallende Behauptung, daß sie als eine elektrische Aufladung annehmen will, bei Verbrauch eines Milligramms des strahlenden Körpers nur 10 Millionstel Watt, und dieser Verbrauch tritt erst in einer Million von Jahren ein. Becquerel hielt die Strahlen für ein lösliches Element, für eine Loslösung des Stoffs in winzigen, unmeßbar kleinen Teilen. Curie und Debierne machen nun vor etwa 9 Monaten die höchst auffallende Behauptung, daß sie als eine elektrische Aufladung annehmen will, bei Verbrauch eines Milligramms des strahlenden Körpers nur 10 Millionstel Watt, und dieser Verbrauch tritt erst in einer Million von Jahren ein. Becquerel hielt die Strahlen für ein lösliches Element, für eine Loslösung des Stoffs in winzigen, unmeßbar kleinen Teilen. Curie und Debierne machen nun vor etwa 9 Monaten die höchst auffallende Behauptung, daß sie als eine elektrische Aufladung annehmen will, bei Verbrauch eines Milligramms des strahlenden Körpers nur 10 Millionstel Watt, und dieser Verbrauch tritt erst in einer Million von Jahren ein. Becquerel hielt die Strahlen für ein lösliches Element, für eine Loslösung des Stoffs in winzigen, unmeßbar kleinen Teilen. Curie und Debierne machen nun vor etwa 9 Monaten die höchst auffallende Behauptung, daß sie als eine elektrische Aufladung annehmen will, bei Verbrauch eines Milligramms des strahlenden Körpers nur 10 Millionstel Watt, und dieser Verbrauch tritt erst in einer Million von Jahren ein. Becquerel hielt die Strahlen für ein lösliches Element, für eine Loslösung des Stoffs in winzigen, unmeßbar kleinen Teilen. Curie und Debierne machen nun vor etwa 9 Monaten die höchst auffallende Behauptung, daß sie als eine elektrische Aufladung annehmen will, bei Verbrauch eines Milligramms des strahlenden Körpers nur 10 Millionstel Watt, und dieser Verbrauch tritt erst in einer Million von Jahren ein. Becquerel hielt die Strahlen für ein lösliches Element, für eine Loslösung des Stoffs in winzigen, unmeßbar kleinen Teilen. Curie und Debierne machen nun vor etwa 9 Monaten die höchst auffallende Behauptung, daß sie als eine elektrische Aufladung annehmen will, bei Verbrauch eines Milligramms des strahlenden Körpers nur 10 Millionstel Watt, und dieser Verbrauch tritt erst in einer Million von Jahren ein. Becquerel hielt die Strahlen für ein lösliches Element, für eine Loslösung des Stoffs in winzigen, unmeßbar kleinen Teilen. Curie und Debierne machen nun vor etwa 9 Monaten die höchst auffallende Behauptung, daß sie als eine elektrische Aufladung annehmen will, bei Verbrauch eines Milligramms des strahlenden Körpers nur 10 Millionstel Watt, und dieser Verbrauch tritt erst in einer Million von Jahren ein. Becquerel hielt die Strahlen für ein lösliches Element, für eine Loslösung des Stoffs in winzigen, unmeßbar kleinen Teilen. Curie und Debierne machen nun vor etwa 9 Monaten die höchst auffallende Behauptung, daß sie als eine elektrische Aufladung annehmen will, bei Verbrauch eines Milligramms des strahlenden Körpers nur 10 Millionstel Watt, und dieser Verbrauch tritt erst in einer Million von Jahren ein. Becquerel hielt die Strahlen für ein lösliches Element, für eine Loslösung des Stoffs in winzigen, unmeßbar kleinen Teilen. Curie und Debierne machen nun vor etwa 9 Monaten die höchst auffallende Behauptung, daß sie als eine elektrische Aufladung annehmen will, bei Verbrauch eines Milligramms des strahlenden Körpers nur 10 Millionstel Watt, und dieser Verbrauch tritt erst in einer Million von Jahren ein. Becquerel hielt die Strahlen für ein lösliches Element, für eine Loslösung des Stoffs in winzigen, unmeßbar kleinen Teilen. Curie und Debierne machen nun vor etwa 9 Monaten die höchst auffallende Behauptung, daß sie als eine elektrische Aufladung annehmen will, bei Verbrauch eines Milligramms des strahlenden Körpers nur 10 Millionstel Watt, und dieser Verbrauch tritt erst in einer Million von Jahren ein. Becquerel hielt die Strahlen für ein lösliches Element, für eine Loslösung des Stoffs in winzigen, unmeßbar kleinen Teilen. Curie und Debierne machen nun vor etwa 9 Monaten die höchst auffallende Behauptung, daß sie als eine elektrische Aufladung annehmen will, bei Verbrauch eines Milligramms des strahlenden Körpers nur 10 Millionstel Watt, und dieser Verbrauch tritt erst in einer Million von Jahren ein. Becquerel hielt die Strahlen für ein lösliches Element, für eine Loslösung des Stoffs in winzigen, unmeßbar kleinen Teilen. Curie und Debierne machen nun vor etwa 9 Monaten die höchst auffallende Behauptung, daß sie als eine elektrische Aufladung annehmen will, bei Verbrauch eines Milligramms des strahlenden Körpers nur 10 Millionstel Watt, und dieser Verbrauch tritt erst in einer Million von Jahren ein. Becquerel hielt die Strahlen für ein lösliches Element, für eine Loslösung des Stoffs in winzigen, unmeßbar kleinen Teilen. Curie und Debierne machen nun vor etwa 9 Monaten die höchst auffallende Behauptung, daß sie als eine elektrische Aufladung annehmen will, bei Verbrauch eines Milligramms des strahlenden Körpers nur 10 Millionstel Watt, und dieser Verbrauch tritt erst in einer Million von Jahren ein. Becquerel hielt die Strahlen für ein lösliches Element, für eine Loslösung des Stoffs in winzigen, unmeßbar kleinen Teilen. Curie und Debierne machen nun vor etwa 9 Monaten die höchst auffallende Behauptung, daß sie als eine elektrische Aufladung annehmen will, bei Verbrauch eines Milligramms des strahlenden Körpers nur 10 Millionstel Watt, und dieser Verbrauch tritt erst in einer Million von Jahren ein. Becquerel hielt die Strahlen für ein lösliches Element, für eine Loslösung des Stoffs in winzigen, unmeßbar kleinen Teilen. Curie und Debierne machen nun vor etwa 9 Monaten die höchst auffallende Behauptung, daß sie als eine elektrische Aufladung annehmen will, bei Verbrauch eines Milligramms des strahlenden Körpers nur 10 Millionstel Watt, und dieser Verbrauch tritt erst in einer Million von Jahren ein. Becquerel hielt die Strahlen für ein lösliches Element, für eine Loslösung des Stoffs in winzigen, unmeßbar kleinen Teilen. Curie und Debierne

kleine Nachrichten aus dem Lande. Aus Niesa wird gemeldet: Beunruhigende Gerüchte betreffs Löschung eines verdeckten Elbstabsatzes am hiesigen Elbquai, in welchem angeblich auch mit Pestiziden behärtete Ratten gefunden worden sein sollen, gehen seit einigen Tagen unter der Bevölkerung im benachbarten Großen im Thalische ist nur, daß hier ein Kahn entladen worden ist, welcher aus einem Seehafen in Hamburg geladen hatte. Dieses hatte dort in der Nähe eines anderen vor Anker gelegen, in welchem eine tote, verfaulende Ratte gefunden worden ist. Die Löschung des betreffenden Kahns ist am hiesigen Elbquai unter beständiger polizeilicher Aufsicht erfolgt. — Ein Raubanschlag auf einen Landbriefträger H. umwelt Leutewitz wurde dieser Tage aus Niesa gemeldet. Das Attentat hat sich jetzt als erdichtet aufgeklärt. Der gedachte Postbote hatte den Überfall lediglich erinnert, um einen längeren ungerechtfertigten Aufenthalt im Gasthof zu Leutewitz, wofür er Bekannte getroffen hatte, und die hierdurch hervorgerufene Versäumnis im Postengang zu verschleiern. Er hat in letzter Stunde den wahren Sachverhalt preisgegeben. — In einer Fleischerei in Dippoldiswalde verwundete sich vor 4 Wochen der Schläfer unbedeutend am kleinen Finger. Trotz ärztlicher Hilfe stellte sich Blutverguss ein, und im Dresdner Krankenhaus, wo der junge Mann Hilfe suchte, erlag er seinen Leidern.

Aus dem 11. sächsischen Reichstagswahlkreise.

Burzen, 20. Januar.

r. Eine Volksversammlung, die zahlreich besucht war, tagte heute abend hier in Stadt Wien. Die Tagesordnung lautete: Die Arbeitslosigkeit und die sächsische Geldklemme. Der Redner, Genosse Lipins - Leipzig, behandelte in großen Zügen die Arbeitslosigkeit und konnte nachweisen, daß die Ansicht, eine allgemeine Arbeitslosigkeit gäbe es augenblicklich nicht, eine vollständig verfehlte sei. In leicht verständlichen Worten gab er ein Bild von den Ursachen der Arbeitslosigkeit und hob darauf hervor, in welch sichtbarer Weise das arbeitende Volk die Folgen dieser Zustände zu tragen hat. In unverantwortlicher Weise wird noch verlust, dem Volk das tägliche Brot zu verleugnen, obwohl die Arbeiterschaft schon bei den jetzigen Brotpfählen einen sehr hohen Prozentsatz ihres Einkommens in Gestalt von indirekten Steuern zu zahlen hat. Diesem Vorhaben mußte der größte Widerstand entgegengesetzt werden. Einen großen Teil seiner fast 1½ stündigen Rede widmete der Redner der Finanzlage des Reiches und insbesondere der von Sachsen, dabei hervorhebend, daß alle Lasten auf die darbende große Arbeiterschaft abgewälzt werden sollen. Redner erinnerte anlässlich eines Besuches am Schlusse seiner Ausführungen. Die Versammlung nahm einstimmig eine Protestresolution an. Eine Diskussion wurde nicht gewünscht. Das provisorische Komitee zur Vorbereitung für die dieses Jahr stattfindende Stadtverordnetenwahl wurde von der Versammlung aufgeheissen. Das Komitee wird gebildet von den Genossen Künzel, Fleischer und Sambale. Der Vorsitzende forderte zur Werbung des Bürgerrechts noch auf und sandte die Versammlung nach einem trefflichen Schlussspruch des Referenten ihren Schluss.

Freiwillige Parteiblätter.

1. Quittung.

Maiglöckchen 1 M., Hochzeitseier bei Blitz und Donner 2 M., Burzenre Parteigenossen 7.40 M., Grinnaer Parteigenossen 15.60 M., Dahlener Parteigenossen 3.20 M., Dahler, von der Agitation 3.50 M., Eintritt — 15 M., Wahrer Jakob, von den Pern. 390—96 d. D. 17.56 M., Süddeutscher Politik, von den Pern. 14—20 d. D. 1.74 M. Summa: 52.15 M. M. M.

Erfurt, 20. Januar. Vom hiesigen Schwurgericht wurde der Hilfslegergraphist Esche aus Langenhalza von der Anklage der Unterschlüpfung amtlich anvertrauter Gelder und Fälschung der Bücher freigesprochen. Er soll 295 M. in seinem Interesse verwendet haben. Interessant sind folgende Feststellungen aus der Verhandlung: Der Angeklagte ist Vater von 5 Kindern, bisher unbescholt und bezog täglich 3 M. Lohn, 38 Pf. Funtionszulage und außerdem vierteljährlich 3 M. Planlohn. Seinen Dienst wechselte er mit einem Kollegen, er dauerde von morgens 4—1 Uhr für Esche und von 1—11 Uhr für den Abkömmling. Während der Dienstzeit mußte der Angeklagte den Schalterdienst versiehen und einen Tisch mit vier Telegraphie-Apparaten bedienen. Der Angeklagte leugnete seine Schuldfahrt; die vorhandenen Buchföhler führte er auf Überlastung zurück. Das Gericht schenkte dem Angeklagten Glauben. Diese Verhandlung ist eine schwere Anklage für den Eisenbahnbüro!

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 21. Januar.

Unsere heutige Nummer enthält einen Projekt der Illustrirten Romanbibliothek "In Freien Stunden", auf den wir unsere Leser besonders aufmerksam machen.

Die Differenzen im Steinsehengewerbe vor dem Einigungsaumt. Zum erstenmal unter den veränderten gesetzlichen Bestimmungen trat gestern das Gewerbeamt als Einigungsaumt zusammen, um die infolge der am 31. Dezember v. J. abgelaufenen bisherigen Vereinbarungen im Steinsehengewerbe ausgebrochenen Streitigkeiten zu beurteilen. Die Meister waren zwar diesmal erschienen, wollten aber nicht mit der von

wäzung, die der verbilligte Sauerstoff in der Industrie und der Hygiene der Großstädte herbeiführen könnte. Sicherer Beweise für die Bedeutung der Untersuchungen sind jedoch bisher ausgeblichen. In England machten zahlreiche Vergiftungen durch Wetz den Chemikern viel zu schaffen, indem der Brauzucker und seine Herstellung auf das genaueste geprüft wurde. Man fand in dem Brauzucker nicht nur beträchtliche Spuren von Arsenik, sondern auch von dem gleichfalls giftigen Selen. Daran schloß sich die Nachprüfung noch anderer Stoffe des Handels, im besonderen der billigen Zuderwaren, und man fand verschiedentlich die Gegenwart von Arsenik, so daß die Notwendigkeit einer strengeren Beaufsichtigung der Zuderverarbeitung unabsehbar wurde.

In der Physik sind drei große Ereignisse hervorzuheben, die in der ganzen Welt ein bedeutendes Aufsehen erregt haben. Das erste sind die weiteren Forschungen von James Dewar über die Verdünnung der Gase und die daraus sich ergebenden Schlußfolgerungen auf den sogen. absoluten Nullpunkt der Temperatur. Bisher war dieser Punkt bis auf etwa 15 Grad erreicht. Die Verdünnung des Heliums, die äußersten Schwierigkeiten begegnen würde, konnte den absoluten Nullpunkt vermutlich bis auf 5 Grad erreichen. Dann wäre noch ein weit flüchtigeres Element als Helium entdeckt werden, um der niedrigsten theoretisch möglichen Temperatur bis auf einen Grad nahe zu kommen. Ein großartiges Werk hat im vergangenen Jahr der berühmte amerikanische Professor Langley zum vorläufigen Abschluß gebracht, indem er in dem ersten Band der Annalen des von ihm geleiteten Astrophysikalischen Observatoriums in Washington seine jahrelangen Forschungen über das Wärmespektrum der Sonne veröffentlichte. Die jahreszeitlichen Veränderungen, die das Wärmespektrum der Sonne erleidet, haben Langley sogar schon zu einem Hinweis auf eine mögliche Witterungsprophesie zu längere Zeit im voraus veranlaßt. Die dritte, erst vor kurzem in aller Welt besprochene physikalische Neuigkeit war die Arbeit des russischen Gelehrten Lebedew über den Dual der Lichtwellen, d. h. des Aethers, wodurch die früheren Theorien von Maxwell eine glänzende Bestätigung erfahren haben.

den Arbeitern bestimmten Kommission, sondern nur mit dem Gesellenausschuß verhandeln, der, nach der Behauptung des Obermeisters Hofmann, mit ihren Abhängen angeblich einverstanden gewesen sei und auch in diesem Sinne unter den Steinsehern habe wirken wollen. Das Einigungsaumt war jedoch der Meinung, daß bei den Verhandlungen zunächst die von den Arbeitern hierzu bestimmten Personen in Betracht kommen.

Durch die Vertreter der Arbeiter wurde der Sachverhalt ausführlich geschildert, wobei besonders betont wurde, daß es sich nicht um neue Forderungen handle, sondern nur darum, die von den Arbeitgebern beachtigte Kürzung des Mindestlohns von 60 auf 55 Pfennige pro Stunde und die Verlängerung der Arbeitszeit des Sonnabends von 5 auf 6 Uhr abends bei Einhaltung einer ½ stündigen Besprechungszeit (aber bei dem bisherigen Lohn) zurückzuweisen.

Die Arbeitgeber machten geltend, daß sie durch die nunmehr abgelaufenen Arbeitsbedingungen, die auf einem Schiedsspruch beruften, einen Schaden erlitten hätten; neun Gehalte der Steinseher verdienten den Lohn von 60 Pf. nicht; es sollte durch die Kürzung auch nur ein Ausgleich dahin getroffen werden, daß der geringere Arbeiter nur seiner Leistung entsprechend bezahlt werde.

Wiederholte wurde den Meistern entgegengehalten, daß von einer gleichmäßigen Entlohnung von 60 Pfennigen, wie sie zu meist vorgenommen worden ist, eigentlich keine Rede hätte sein dürfen, da nach dem Schiedsspruch vom 14. September 1900 dieser Lohnsatz nur als Mindestlohn angesehen werden sollte.

Nach etwa dreistündiger Verhandlung wurde durch die Mehrheit des Einigungsaums der streitenden Parteien folgender Vergleichsvorschlag gemacht:

1. Der Mindeststundenlohn wird bis Ende des Jahres 1903 auf 57 Pfennige festgesetzt. Ganz besonders soll aber Gewicht darauf gelegt werden, daß der betreffende Lohn wirklich ein Mindestlohn ist und daß nur der schwache Arbeiter hiermit bedroht werden darf.

2. An den Sonnabenden verbleibt es bei dem bisherigen 5 Uhr-Schluß, jedoch wird Lohn nur für die wirkliche Arbeitszeit bezahlt.

3. An Stelle der im Punkt 4 des früheren Schiedsspruchs festgesetzten Kommission zur Schlichtung aller im Gewerbe vor kommenden Streitigkeiten tritt der Gesellenausschuß, der bereits seit Bestehen der Steinsehervorwaltung diese Funktion ausübt.

Zu übrigen bleibt der am 14. September 1900 gefallene Schiedsspruch bis Ende 1903 weiter bestehen.

Die Arbeitgeber nahmen diesen Vorschlag an und versprachen in diesem Sinne in der Zukunft wirken zu wollen, während seitens der Arbeiter erst eine demnächst stattfindende Steinseherversammlung Stellung zu diesem Vorschlag nehmen wird.

Eine beträchtliche Abnahme des Fleischverbrauchs ist bei den jüngst erfolgten Zusammenstellungen über die Schlachtungen im südlichen Vieh- und Schlachthofe im Jahre 1901 festgestellt worden. Verglichen mit den Ziffern des Jahres 1900 beträgt die Abnahme des Fleischverbrauchs zwei Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung. Da die bestehenden Klassen diesen Rückgang des Fleischverbrauchs durch eigene Entnahmsamkeit gewißlich nicht verschuldet haben, ist die Verschlechterung der Lebenshaltung der unteren Bevölkerungsschichten natürlich eine viel bedeutendere, als sie die Durchschnittsziffer von 2 Kilogramm erkennen läßt. Diese Feststellung der Schlachthofverwaltung widerlegt schlogend die Versuche, die Existenz eines Nötlandes für die große Masse der Bevölkerung rechtfertigen zu wollen.

Brot! Brot! Brot! Der Vereinigung für Brotverteilung ist vom Festanschluß des Leipziger Lehrervereins eine Spende von 100 M. überreicht worden. Weitere Gaben sind, wie uns mitgeteilt wird, dringend nötig, wenn das edle Werk, das mit unendlicher Mühe und Arbeit verbunden ist, nur einigermaßen Fortsetzung finden sollte.

Zur Auflösung der hiesigen Einwohnerschaft wird noch folgendes geschrieben: Um eine Unterstützung durch Brot nur wirklich unverzuhldet außer Arbeit Geratenen zu teilen werden zu lassen, haben die darum Nachsuchenden durch eine malige Ausfüllung eines mit dem Stempel der Vereinigung versehenen Vordrucks, der ihnen bei den sog. Brotmarken ausgestellt (im Montagsinserat mit * bezeichnet) auf Verlangen ausgehändigkt wird, zu erklären, daß sie arbeitslos sind, in Leipzig wohnen und keine Arme einzuhalten. Dieser Vordruck ist unter gleichzeitiger Vorlegung des Ortsrentenpassbooks mit dem leichten Arbeitsschein oder mit einer vom Haustherrn unterschriebenen Bescheinigung über Arbeitslosigkeit der betreffenden Ausgabestelle ausgefüllt zu rückzugeben. Hierauf werden den Nebenbringern bis auf weiteres Dienstage und Freitage sogen. Brotzettelmarken ausgehändigkt. Gegen Abgabe dieser Zettel werden von bestimmten Bäckereien, deren Namen auf der Rückseite der Zettel aufgeführt sind, Brote im Werte von 10 Pf. verabreicht.

Die Inhaber der Brotmarke u. Ausgabestellen werden auf den Rückseite der abgegebenen Bescheinigungen den Tag der Aushändigung von Brotzetteln vermerken, so daß nach dem ersten Male die Gefahr um Brotunterstützung, d. h. um Verabfolgung von Brotzetteln, mindestens auszuschließen ist. Es ist zu diesem Zwecke und namentlich auch zur Verminderung der den Brotzettelausgabestellen entzehrenden Arbeit unbedingt nötig, daß sich jeder nur an eine solche Stelle und zwar an die Wendet, in deren Bezirk er wohnt. Die Vereinigung wird die vorgelegten Bescheinigungen fortsetzt prüfen, so daß ein Missbrauch mit den Brotmarken nicht getrieben werden kann.

Die Verteilung von Brot kann natürlich nur nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel erfolgen und es wird daher immer wieder darum gebeten, den uneigennützigen Liebeswerk die Teilnahme nicht zu versagen, sondern durch weitere Beiträge den Notleidenden zu helfen. Von Zeit zu Zeit wird über die eingegangenen Beiträge Quittung ertheilt werden.

Über einen empfehlenswerten Hauswirt berichtet der Dorfanzeiger aus Paunsdorf: Der Handelsmann K. hatte einem Mieter die sofortige Räumung der Wohnung angekündigt. Da derselbe die Wohnung aber nicht räumte, ging K. in die Wohnung des Mieters und zerstörte den Ofen sowie einige Möbel, nachdem er schon einige Tage zuvor die Thür zur Wohnung ausgehängt hatte. Als es zu Thälichkeit kam, warf K. schließlich den Mieter die Treppe hinunter, der sich in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Warum nennt denn der Dorfanzeiger nicht den Namen dieses monatlichen Hauspächters?

Aus den ärztlichen Bezirksvereinen: Die Gemeinde Stünz hatte mit einem dortigen Arzt einen Vertrag abgeschlossen, in welchem gewisse Entmündigungen gegenüber der vom Ministerium festgesetzten Armentasse vorgezogen waren. Vom ärztlichen Bezirksverein Leipzig ist der Vertrag nicht genehmigt worden, sondern es soll die Gemeinde die Taxe zahlen. — Eine Betriebskrankenkasse in Markranstädt beabsichtigt einen Naturheilkundigen einzustellen. Die Markran-

städtler Arzte erklärten darauf, daß sie mit dem Betreffenden nicht gemeinsam thätig sein würden. Die Anstellung ist daraufhin unterblieben.

Der Duellmörder und Domänenpächter Faltenhagen, der den Landrat v. Bemiggen erschossen hat, war nach der That nach Leipzig und später nach Berlin gefahren. Auch die Frau des Geliebten war nach Leipzig gekommen, von wo aus sie mit dem inzwischen nach Berlin gereisten Faltenhagen korrespondierte. Der lebhafte Umtand führte dazu, daß die Leipziger Polizei die Berliner von dem Aufenthaltsort Faltenhagens in Berlin unterrichtete. Als Faltenhagen nach einer mit Dingen verbrachten Nacht des Morgens in sein Hotel zurückkehrte, wurde er von mehreren Kriminalbeamten festgenommen, die schon einige Stunden auf ihn gewartet hatten.

Die Große Leipziger Straßenbahn hatte in der Woche vom 13. Januar bis 19. Januar 1902 eine Betriebszeitnahme von 75172.50 M.; seit 1. Januar 1902 224220.50 M. gegen 202643.40 M. im gleichen Zeitraum des Vorjahrs.

Die sächsischen D-Zugs-Personenwagen erhalten jetzt sämtlich Einrichtungen zum Hinaussettern der Reisenden bei Unfällen. Alle Wagenfenster werden so eingerichtet, daß sie voll herabgelassen werden können; die festen Scheiben werden in nach außen ausschlagbare Flügelfenster umgeändert. Innen und außen werden Handgriffe und Tritte zum Festhalten und Auftreten beim Hinaussettern angebracht.

Der Vorstand des Börsenvereins der deutschen Buchhändler zu Leipzig hat an den Reichskanzler eine sehr eingehend begründete Eingabe gerichtet, in der er erucht: Aufsächlich der Unterhandlungen über neue Handelsverträge bei denjenigen Staaten, mit welchen Deutschland noch durch keine oder nur durch eine unzureichende Vitterkonvention verbunden ist, dahin wirken zu wollen, daß sie zum Beitreit zur Werner Lebereinkunft oder doch, wenn dieser zur Zeit nicht zu erlangen ist, wenigstens zum Abschluß einer besonderen, aber befriedigenden Vereinbarung veranlaßt werden.

Senatspräsident beim Reichsgericht Dr. Dähnhardt ist heute vormittag im Alter von 65 Jahren gestorben. Er war Präsident des 6. Civilsenats, früher des 4. Strafseinsatz, und sollte am 1. Februar d. J. in den Ruhestand treten.

Großfeuer Kaiserin Möder! lautete Sonnabend früh 6 Uhr 10 Minuten eine Meldung, die im Leipziger Feuerwehr-Hauptdepot einlief. Sofort rückte der große Lötzug aus und war in wenigen Minuten an Ort und Stelle angelangt. Es handelte sich aber nur um eine Probealarmierung der Garnison, um zu ermitteln, in welcher Zeit die Mannschaften die Räumung des Gebäudes ausführen könnten. Diesmal galt das Proviantamt als Brandstätte, das in kurzer Zeit vollständig ausgeräumt war.

Wegen schwerer Brandwunden am ganzen Körper mußte das 8 Jahre alte Söhnchen eines Musikers mittels Krankenwagen dem Stadtkrankenhaus zugeführt werden. Der Vater hatte ein Täglicht angezündet, durch das seine Kleider in Brand gesetzt wurden.

Selbstmord. Heute vormittag wurde in einem Arbeitsraume einer Schnellpressenfabrik am Döbelner Wege ein aus Trachten gebürtiger und in Großschocha wohnender, 54 Jahre alter Arbeiter erhängt aufgefunden. Was den Mann dazu bewogen hat, Hand an sich zu legen, ist nicht bekannt.

Vermisst wird seit dem 16. d. M. der am 25. März 1882 in Döbeln geborene Kaufmann Julius Otto Winkler aus seiner in der Berliner Straße gelegenen Wohnung. Der Vermisste, der sich nach einem zurückgelassenen Briefe mit Selbstmordgedanken trug, ist von großer, kräftiger Gestalt, hat dunkelblondes, kurzgeschorenes Haar, hohe Stirn, klangliches, gesundfarbiges Gesicht und etwas gebogene Nase. Seine Kleidung besteht aus einem grauen Jackenanzug, Stiefelstiefeln und einem schwarzen oder grauen Winterüberzieher.

Gardinenbrände wurden gestern aus der Wohnung eines in der Breiten Straße in L-Anger-Grollendorf wohnenden Restaurateurs und aus der eines Schmiedemeisters in der Neueren Halleischen Straße gemeldet. In beiden Fällen gelang den Hausherrn die Unterdrückung des Brandes. — Weiter entstand gestern nachmittag in der Behausung einer in der Rosenhalsgasse wohnenden Schneiderin Feuer, das von der Feuerwehr bald beseitigt worden ist.

Alte Polizeinachrichten. Seinem Prinzipal hat ein 24 Jahre alter Commis aus Neudöniß Geldbeträge in Höhe von 230 M. unterschlagen. Hierdies hat der Commis eine ihm auvertraute goldene Uhr verpachtet und den Erlös dafür verbraucht.

Ein 15 Jahre alter Arbeitsbürtig wurde in Haft genommen, weil er dringend verdächtigt ist, am Sonnabend nachmittags gegen 4 Uhr auf der Leipziger Straße in L-Arndtendorf einem kleinen Kunden einen Geldbetrag von 8 M. gewaltsam entrissen zu haben. Auf das Gesicht des beraubten Kunden sollen einige Männer hinzugekommen sein; es wäre der Kriminalpolizei sehr erwünscht, daß die betreffenden Personen sich umgehend als Zeugen meldeben.

Von einer Planke an der Antonienstraße in L-Meinrichshof sind eine große Anzahl Bretter im Wert von 90 M. gestohlen worden. Ein großer Teil davon wurde im Besitz eines zur Verantwortung gezogenen 24 Jahre alten Arbeiters vorgefunden.

Aus einer Parterrewohnung in der Hohen Straße ist in der Zeit vom 12. bis 10. Januar ein Geldbetrag von 150 M. gestohlen worden.

Am Nachmittag des 17. Januars ist von einem Grundstück der Königsstraße ein hölzerner Schaukasten mit Gläsern gestohlen worden. In dem Kasten befanden sich außer einer goldenen Damen-Remontoiruhr 27 Stück Uhrtetten im Werte von 124 M.

Gestern vormittag wurden aus dem Hofraum eines Grundstücks der Gerberstraße ein Pneumatikrohr, Fabrikat Kramer-Dresden, im Werte von 100 M. gestohlen. Verdächtig ist ein etwa 18jähriger Bursche, der mit einem dunklen Anzug bekleidet war und dabei beobachtet worden ist, als er das Rad fortgetragen hat.

Stünz. Bei der am Sonntag stattgefundenen Ergänzungswahl für die dritte Wählerklasse erhielt der sozialdemokratische Kandidat 88 von 93 abgegebenen Stimmen, so daß jetzt beide Vertreter für die dritte Klasse Sozialdemokraten sind. Die Wahlbete

2. Beilage zu Nr. 16 der Leipziger Volkszeitung, Dienstag, 21. Januar 1902.

Reichstag.

122. Sitzung. Montag den 20. Januar 1902, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf von Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht zunächst folgender von allen Parteien unterstützte Antrag Dr. Arentz: "Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen: durch einen Nachtrag sei zum Reichshaushaltssatz für das Rechnungsjahr 1902 die Auszahlung aller auf Grund des Gesetzes vom 22. Mai 1895 bewilligten Beihilfen an Kriegstellnehmer vom 1. Januar 1902 ab herbeizuführen."

Der Antrag wird debattiert und einstimmig angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Verlegung der deutsch-dänischen Grenze wird in dritter Lesung debattiert und einstimmig angenommen.

Nach Erledigung einer Rechnungssache setzt das Haus die Debatte fort.

Interpellation Albrecht und Genossen,

beir. Maßregeln gegen die Arbeitslosigkeit, fort.

Geheimrat Wehrmann: Herr Lenzmann hat behauptet, daß kurz vor dem Altenbekener Unglück auf der betreffenden Strecke Altenbekener-Paderborn die Zahl der Bahnwärter vermindert sei. Das ist unwahrt. Die Zahl der Bahnwärter auf jener Strecke ist seit zehn Jahren dieselbe. — Das bei der Durchfahrt des Kronprinzen befindere Schutzmaßregeln getroffen wurden, ist selbstverständlich. Uebrigens konstatiere ich, daß, wie natürlich, infolge des gestiegenen Verkehrs die Zahl des Personals erheblich vermehrt worden ist. Nunmehr der Verkehr wieder ab, so werden auch wieder Kräfte übrig; es ist aber einer großen Verwaltung nicht schwierig, solche Arbeiter in anderen Betriebsweisen einzustellen. Nur von vornherein vorübergehende Arbeiter werden von der Eisenbahnverwaltung entlassen. Am 1. Dezember vorigen Jahres waren 1884 Arbeiter über den Befar vorhanden. Sämtliche Eisenbahnbehörden sind angewiesen, die Bauprojekte zu beschleunigen. Das ist bereits im September verfügt worden, und die Folgen haben sich bereits in vermehrter Einstellung von Arbeitern gezeigt. Selbstverständlich ist auch, daß, so weit irgend möglich, zunächst inländische Arbeiter angenommen werden.

Abg. Hoch (Soz.): Herr Abg. Hilde dankte dem Grafen Posadowsky für die Mitteilung des amtlichen Materials. Ich kann mich diesem Danke nicht anschließen, weil mir das Material völlig unerlässlich zu sein scheint. Die amtlichen Berichte beruhen nicht auf zuverlässigen statistischen Erhebungen, sondern auf mehr oder weniger willkürlichen Schätzungen von solchen Personen, deren Gewissenhaftigkeit und Unparteilichkeit, deren Fähigkeit für solche Arbeiten wir zu beurteilen gar nicht in der Lage sind. Dazu kommt, daß sich das amtliche Material auf Verhältnisse bezieht, die vor mehreren Monaten galten, und überholt worden ist durch die Verschlechterung des Arbeitsmarktes, die seitdem eingetreten ist. Das Material ist also gar nicht zuverlässig, nicht einmal das für Berlin. In Dresden und Vororten sind bei der gesetzten Arbeitslosenzählung 9300 Arbeitslose gezählt worden, Arbeitslose und nicht Arbeitsuchende, Graf Stanis! Ein klassisches Beispiel für die absolute Verlässlichkeit des amtlichen Materials gibt uns der Bericht des Polizeipräsidenten von Frankfurt a. M., den Graf Posadowsky am Freitag verlas und wonach von Arbeitslosigkeit so gut wie nichts zu spüren sei. Der Polizeipräsident berief sich dabei auf den Bericht der Centrale für private Fürsorge. Seit Freitag aber sind in Frankfurter Blättern Aufrufe jener Centrale erschienen, in denen es heißt, daß in Frankfurt die Arbeitslosigkeit in so unerwartet großem Maße hervorgetreten ist, daß die städtische Behörde allein den Uebel nicht steuern kann, sondern Privathilfe notwendig ist.

Die Auskunft, die uns Graf Posadowsky vorgelesen hat, stammt jedenfalls aus viel früherer Zeit und ich wundere mich nur, wie der Herr Minister auch nach den leichten Vorgängen in Frankfurt a. M. es fertig bringen konnte, uns diesen ganz veralteten Bericht vorzulegen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Am Sonnabend nur verlas Graf Posadowsky einen Bericht des Regierungspräsidenten in Wiesbaden, monach "in der Lage der Arbeitsverhältnisse keine Veränderung eingetreten" sei. Falls dieser Bericht nicht im direkten Widerspruch zu der Kundgebung der Centrale für private Fürsorge stehen sollte, mühte er sich doch auf einen früheren Bericht des Regierungspräsidenten beziehen, der die Verhältnisse bereits als so traurig geschrieben hatte, wie es den Vorgängen der letzten Zeit entsprach. Ich wundere mich nur, weshalb Graf Posadowsky diesen Bericht einfach zurückzuhalten bat. — Der Bericht des Regierungspräsidenten weist übrigens darauf hin, daß die von unseren Parteigenossen in Frankfurt erhobene Forderung, die Stadt möge größere Geldmittel für Notstandshilfen bewilligen, von beiden städtischen Körperschaften einstimmig abgelehnt ist. Das ist aber ganz erklärlich. Infolge des pluto-kristallinen Wahlsystems ist es den Frankfurter Arbeitern nur möglich geworden, einen Vertreter der Arbeiter in das städtische Parlament zu entenden, den Dr. Quardt. Er hat städtische Hilfe gegen die Arbeitslosigkeit verlangt, der Antrag ist aber abgelehnt worden, obwohl ihn auch der nationalliberalen Stadtverordneten Gruppe unterstützt und es für nötig befürchtete, für mindestens 350 000 bis 500 000 Mark städtische Bauten und zwar sofort zu beginnen. Von allemdesto besagt der Bericht des Wiesbadener Regierungspräsidenten kein Wort. So unzuverlässig das amtliche Material ist, so wird ein gewisser Notstand jetzt doch von niemand mehr bestritten. Besonders muß die Arbeiter erbittert, daß der jetzige Mangel an Arbeit verschuldet ist durch die wahnsinnige Jagd der Unternehmer nach Profit in den Zeiten der Hochkonjunktur.

Die Zeit der Hochkonjunktur wird sehr gepriesen und die reichen Leute haben auch vores Recht dazu. Interessant sind die Zahlen der amtlichen statistischen Korrespondenz, die jüngst erschienen sind über die Ergebnisse der Einkommensteuer in Sachsen und Preußen. Danach ist die Zahl der Personen, die ein Einkommen von über 100 000 Mk. versteuern, in Preußen gewachsen von 2830 im Jahre 1896 auf 3277 im Jahre 1900 und in Sachsen in demselben Zeitraum von 394 auf 688 Personen. In Sachsen haben die reichen Leute sich also um 1029 Proz. in Preußen um 12,61 Proz. vermehrt.

Das ist eine außergewöhnlich starke Zunahme, die weit über die Zunahme der Bevölkerung überhaupt hinausgegangen ist. In der gleichen Zeit ist das Durchschnittseinkommen dieser Personen in Sachsen von 218 400 Mk. auf 236 600, in Preußen von 257 000 auf 266 000 Mk. gestiegen. Das Vermögen der Reichsten ist also kolossal gewachsen. Das Gesamteinkommen der Personen, die über 100 000 Mk. pro Jahr versteuern, ist von 490 850 600 Mk. im Jahre 1896 auf 1 140 690 800 Mk. im Jahre 1900 gestiegen. Diese handvoll reichen Leute belegt also ein Einkommen, das etwa dem Einkommen von 1150 000 Arbeitern entspricht. Man hat davon gesprochen, daß in dem industriellen Aufschwung die Löhne gestiegen seien. Das trifft aber nur für die Industrien und Gegenenden zu, wo die Arbeiter genügend gewerkschaftlich organisiert sind. Das statistische Material ist ja in dieser Beziehung sehr dürrig. Nach den Mittelungen einer Ortskrankenkasse sind die Löhne für männliche Arbeiter der Kasse von 1896—1900 von 2,54 Mk. pro Tag auf 2,87 Mk. pro Tag, für Arbeiterinnen von 1,44 Mk. auf 1,79 Mk. gestiegen. Also nur eine ganz minimale Steigerung selbst während des wirtschaftlichen Aufschwungs, besonders wenn man die Bereiterung der Lebensmittel in Betracht zieht. — Die Hauptfrage ist doch, ob der Arbeiter in der Lage ist, mit seinem Lohn seine Ausgaben zu decken, oder gar noch einen Überschuss zu machen. Da ist sehr interessant eine Aufnahme des statistischen Amtes in Berlin. Sie bezieht sich auf 126 Familien der minderbevölkerten Bevölkerung. Was darunter verstanden wird, ersehen Sie daraus, daß die angezogenen Löhne sich in der Höhe von 1050—4800 Mk. pro Jahr bewegen. Es sind also auch Leute dabei, die kaum noch Arbeiter zu nennen sind. Von diesen 126 Haushaltungen haben höhere Ausgaben als Einnahmen

55 gehabt, 26 haben keine Schulden gemacht, aber auch keinen Pfennig erbringt, in 44 Fällen nur zeigt sich ein Überschuh der Einnahmen gegenüber den Ausgaben. Unter diesen befindet sich aber keine Familie mit mehr als 4 Kindern. Jede Familie mit größerer Kinderzahl kann mit den Löhnen nicht auskommen. Von den 44 Familien fallen noch 28 weg, weil der Überschuh ganz minimal von 1 Mark bis 49 Mark ist. Jegnd ein Unglücksfall in der Familie kann diesen Überschuh sofort in ein Minus verwandeln. Bei 10 Familien betrug der Überschuh 50—99 Mark, nur 6 haben einen erheblichen Überschuh mit mehr als 100 Mark erzielt. In einem Fall z. B. arbeitet aber die Mutter und der erwachsene Sohn mit; auch die übrigen Fälle liegen besonders ungünstig. Während des großerartigen industriellen Aufschwungs sind also die Arbeiter im allgemeinen nicht aus ihrer Bedrängnis herausgekommen. Aber ein anderes Gesicht ist in der Zeit der industriellen Blüte hinzugekommen: die furchtbare Zunahme der Betriebsunfälle.

259 765 schwere Unfälle (Hört, hört b. d. Soz.) sind seit 1895 vorgekommen. 26 420 Personen sind dabei getötet, 3711 Personen haben dauernde Erwerbsunfähigkeit, dabei erlitzen (Hört, hört b. d. Soz.) Die Zunahme der Betriebsunfälle geht über die Zahl der Arbeiter hinaus, die Unfallgefahr hat also zugenommen. Während im Jahre 1890 auf 1000 Personen 6,25 Unfälle kamen, kamen im Jahre 1900 7,46 Unfälle auf 1000 Personen; die tödlichen Unfälle von 0,65 auf 0,74. Sehr charakteristisch ist der Vergleich der Steigerung der Einnahmen der Aktienbesitzer des Harpener Bergwerkes und der Arbeiter. Im Jahre 1894/95 betrug der Steingewinn 808 192 Mk., im Jahre 1898/99 ist er auf das fünffache (Hört, hört bei den Sozialdemokraten) 4707 198 Mk. gestiegen, dabei fanden für 2½ Millionen Abreibungen statt. Die verteilte Dividende stieg von 8 Prozent auf 14 Prozent, die Löhne der Arbeiter betrugen im Jahre 1897/98: 3,94 Mk., im Jahre 1899/1900: 4,27 Mk., sie sind also gerade um 33 Proz. gestiegen. (Hört, hört bei den Sozialdemokraten.) Millionen und Abermillionen haben die Unternehmer draufproduziert, wie Graf Posadowsky ausführte, etwas mehr zu belasten. Aber alle unsere Anträge wurden abgelehnt. Angetischiß dieses Stillstands der Sozialreform behauptet aber Graf Posadowsky, wir hätten ein Tempo in der Sozialpolitik eingeschlagen, das andere Staaten nicht folgen können. Er versprach uns eine Rüstung, die dies beweisen sollte, aber bisher hat er sie noch nicht vorgebracht. Jedemfalls hat der Vergleich mit den anderen Staaten doch nicht das Bild gegeben, das er wünschte. Thatsächlich ist, was bei uns überhaupt an Arbeiterschutz geleistet ist, nur durch den fortwährenden Druck der Arbeiter ermöglicht worden gegen den Widerstand der Regierung und der Unternehmer. Die Arbeiter werden aber die jetzigen schönen Versprechungen der Herren aus den bürgerlichen Parteien als das, was sie sind, d. h. als bloße Komödie erkennen. Bezeichnend für die Arbeiterschutzlosigkeit ist z. B. des Centrums war die Neuerung des Herrn Abg. Speck: Die bisherige industrielle Entwicklung müsse zurückgehalten werden. Auch Ihr. Gepl. zu Herrnsheim ist ein ganz besonderer Arbeiterschutz. Er behauptete seiner Zeit nur gegenüber, bei seinen Arbeitern habe sich bis jetzt keine Tendenz gezeigt, den Gewerksvereinen beizutreten. Nach den mir gewordenen Mitteilungen sind aber die Arbeiter des Herrn v. Heyl überzeugt, daß sie sofort gesetzgeregt würden, wenn sie den Gewerksvereinen beitreten würden. Thatsache ist jedenfalls, daß die Wormser Zeitung, die stets die Ansichten des Herrn v. Heyl vertritt, die Gewerksvereine auf das bestigte bekämpft. — Graf Posadowsky riet den Arbeitern, die Krise nicht noch zu verschärfen, indem sie vom Lande immer nach den großen Industriestädten strömen. Wollte Graf Posadowsky wirklich den Arbeitern empfehlen, sich unter feinen Umständen von den höheren Löhnen in den Städten verlocken lassen, sondern in Ekelnd des Landarbeiters ihr ganzes Leben zu verbringen? — Das kann man doch nicht annehmen. So schlimm die Verhältnisse in den armen Städten für die Arbeiter sind, die Verhältnisse auf dem Lande sind doch noch schlechter. Deshalb wollen die Arbeiter nicht unter die Fuchtel des Großgrundbesitzers gerückt werden. Alle Söhne der Großgrundbesitzerfamilien dem Rale des Ministers gefolgt und nicht dem Rale nach Berlin gefolgt wären, so würden wir wohl einige Minister weniger haben. (Heiterkeit.) Schlimm stände es um unser Land, wenn die Arbeiter nicht den Drang hätten, den unverständigen Verhältnissen auf dem Lande zu entfliehen, wo sie schlecht behandelt werden, ja nicht einmal das Koalitionsrecht haben. Solange Sie die Landarbeiter als Arbeiter zweiter Klasse behandeln, solange Sie ihnen nicht die gleichen Rechte wie den Industriearbeitern gewähren, haben Sie kein Recht, über die Landflucht zu klagen. Die Ostelbier wollen ja übrigens die Industriearbeiter gar nicht zurückhaben, das haben die jüngsten Verhandlungen im Herrenhaus gezeigt.

Herr Hilde und Herr Gothein haben auf die Meinungsverschiedenheit in unseren Kreisen über die Kreise hingewiesen. Aber der gegenwärtige Zustand gibt ja gerade den Ansturm unter uns recht, die da meint, daß die bürgerliche Gesellschaft die Kreise nicht überwinden kann, sondern in immer schlimmere Kreise hineingerät. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Statt eine Regelung von unten heraus durch die Arbeiter zu erwarten, hofften die Verständiger unter unseren Gegnern auf eine Regelung von oben herab durch die Unternehmerverbände, die Syndikate. Aber gerade jetzt hat sich gezeigt, daß die Syndikate diese Aufgabe, Regelung der Produktion, nicht erreicht, sondern die Krise verschärft und verschärft haben. Diese Erfahrung sollte Ihnen Anlaß sein, nicht über den Befürworter zu spotten. Wenn die herrschende Gesellschaft so unzählig sich erweist, die Anarchie der Produktion zu bändigen, so müssen die Arbeiter die Wirtschaftsweise in die Hand nehmen.

Herr Gamp, den Graf Posadowsky wegen gewisser arbeiterfeindlicher Äußerungen so scharf anklagte, hatte doch recht, daß er die Maßnahmen der Regierung gegen die Arbeitslosigkeit als ganz ungenügend bezeichnete und auf die Vorgänge in Frankfurt a. M. hinwies. Mit wie merkwürdigen Mitteln die Arbeitslosigkeit von den Behörden bekämpft wird, dafür hat ja Graf Posadowsky selbst den Beweis geliefert. Er teilte mit, daß die preußische Eisenbahnverregierung zwar die Löhne nicht gekürzt hat, aber doch den neu eingestellten Arbeitern geringere Löhne zahlt. (Hört, hört bei den Sozialdemokraten.) Das ist doch nichts anderes als Lohndrücken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Von einem Institut, das von dem Gelde der Gejämme, auch der Arbeiter, erhalten wird, können wir verlangen, daß es nicht in der Zeit der Arbeitslosigkeit in solch schmäler Weise die Löhne drückt. — Der sächsische Graf Hobenthal meinte ja, die sächsische Eisenbahnhverwaltung fürchte, daß die aus dem Eisenbahnbau entlassenen Arbeiter bei staatlichen Bauten unterkommen. Diese Bauten werden aber an Privaten vergeben, und mit diesen wird nur abgemacht, daß sie die aus dem Eisenbahndienst Entlassene „nach Möglichkeit“ einfestellen. Wer hindert diese Unternehmer aber, diese Arbeiter, wenn sie sie wirklich annehmen, nach 14 Tagen wieder zu entlassen.

Geheimrat Wehrmann hat heute in bestimmtster Form erklärt, daß in der Gegend des Altenbekener Unfalls keine Entlastung von Arbeitern in den letzten Jahren vorgenommen ist. Über der Verlehr ist doch dort gewaltig gestiegen und die Zahl der Beamten und Arbeiter ist nicht vermehrt worden. Der preußische Geheimrat hat es ferner als selbstverständlich bezeichnet, daß für den Kaiser und für den Kronprinzen besondere Vorsichtsmaßregeln auf dieser Strecke getroffen worden sind. Ich sehe nicht ein, aus welchem Grunde. Auch der begeisterte Monarchenverehrer wird zugeben, daß ein anderer Mensch auch ein Mensch ist und daß der ärzliche Arbeiter, der die Eisenbahn benutzt, in der Sicherheit des Verkehrs die selbe Rücksicht verdient, wie der Kaiser. Der Vertrieb muß auf alle Fälle gescheitert sein. Zwischen Offenbach und Hanau ist vor nicht langer Zeit ein furchtbarer Unglücksfall passiert. Mir wird von zuverlässiger Seite gesagt, daß in diesem Bezirk zwar keine Entlastung der jetzt angestellten Beamten und Arbeiter erfolgt ist, wohl aber sind Hilfsbeamte abgeschieden oder nicht weiter eingestellt worden. Ihre Arbeit ist auf die fest angestellten Beamten getallen.

So liegt eine schwere Verantwortung auf einer geringen Zahl von Leuten, und jeden Augenblick fürchten sie, daß ein Unglück sich ereignen kann. Gerade der preußische Eisenbahndiktat treibt eine solche Ausbeutung der Arbeiter, daß er gar kein Recht hat, mit keiner Fürsorge hier zu prüfen. In den Blättern werden jetzt von Gefängnisdirektionen eine größere Zahl Gefangene zu Arbeiten angeboten, die eine besondere Kenntnis nicht erfordern. Wie kann ein sozialpolitischer Minister verantworten, daß den Arbeitern eine solche Konkurrenz gemacht wird. Angesichts der Schönsäuberer, die hier getrieben werden, muß konstatiert werden, daß von einer Fürsorge für die Arbeitslosen nicht die Rede ist. Graf Posadowsky hat bestreit, daß das Reich nicht die Möglichkeit hätte, für Arbeitslosen gelegenheit zu schaffen, es sei denn, wie er scherhaft meinte, der Reichstag bewilligt neue Kriegsschiffe; das ist ein recht eigenartiger Scherz. Im Etat des Reichsamtes des Innern ist eine fächerlich geringe Summe zur Förderung des Hauses von Erholungs-

häusern für Schwindsüchtige eingesetzt. Möge der Minister doch morgen mit einer Vorlage kommen und ein paar 100 Millionen Mark für den Bau solcher Erholungsstätte verlangen. Wir würden sie bewilligen; es werden ja sonst so viel Schulden für Militärzwecke gemacht. Auch auf die Beschleunigung des Mittelstandsbau ist mit Geschäft hingewiesen worden. Die Gewerkschaften sind auch vom Minister gelobt worden, soweit sie Arbeitslosenversicherung treiben. Graf Stanis will nun nicht, daß die Unternehmer Beiträge leisten, weil sonst die Arbeitschauen beginnstigt werden.

Graf Stanis und Herr Lenzmann haben sich über die Vagabunden entrüstet. Auch wir werden wirkliche Arbeitsschauen nicht entschuldigen. Aber solange Sie durch Ihre Mithilfe Arbeitsschauen großerziehen, haben Sie kein Recht, sich über dieselben zu enträsten. Auf Kosten der herrschenden Klassen, die die Arbeitslosigkeit verschuldet haben, muß die Arbeitslosenversicherung durchgeführt werden. Es sind ja nun von allen Parteien eine ganze Reihe schöner Pläne und Versprechungen zur Abhilfe der Arbeitslosigkeit vorgeführt worden. Als wir aber zur Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs in den guten Jahren mit positiven Vorschlägen zum Schutze der Arbeiter kamen, da haben Sie uns im Siche gelassen. Damals war es angebracht, die Unternehmer, die wahnsinnig draufproduzierten, wie Graf Posadowsky ausführte, etwas mehr zu belasten. Aber alle unsere Anträge wurden abgelehnt. Angetischiß dieses Stillstands der Sozialreform behauptet aber Graf Posadowsky, wir hätten ein Tempo in der Sozialpolitik eingeschlagen, das andere Staaten nicht folgen können. Er versprach uns eine Rüstung, die dies beweisen sollte. Jedemfalls hat der Vergleich mit den anderen Staaten doch nicht das Bild gegeben, das er wünschte. Thatsächlich ist, was bei uns überhaupt an Arbeiterschutz geleistet ist, nur durch den fortwährenden Druck der Arbeiter ermöglicht worden gegen den Widerstand der Regierung und der Unternehmer. Die Arbeiter werden aber die jetzigen schönen Versprechungen der Herren aus den bürgerlichen Parteien als das, was sie sind, d. h. als bloße Komödie erkennen. Bezeichnend für die Arbeiterschutzlosigkeit ist z. B. des Centrums war die Neuerung des Herrn Abg. Speck: Die bisherige industrielle Entwicklung müsse zurückgehalten werden. Auch Ihr. Gepl. zu Herrnsheim ist ein ganz besonderer Arbeiterschutz. Er behauptete seiner Zeit nur gegenüber, bei seinen Arbeitern habe sich bis jetzt keine Tendenz gezeigt, den Gewerksvereinen beizutreten. Nach den mir gewordenen Mitteilungen sind aber die Arbeiter des Herrn v. Heyl überzeugt, daß sie sofort gesetzgeregt würden, wenn sie den Gewerksvereinen beitreten würden. Thatsache ist jedenfalls, daß die Wormser Zeitung, die stets die Ansichten des Herrn v. Heyl vertritt, die Gewerksvereine auf das bestigte bekämpft. — Graf Posadowsky riet den Arbeitern, die Krise nicht noch zu verschärfen, indem sie vom Lande immer nach den großen Industriestädten strömen. Wollte Graf Posadowsky wirklich den Arbeitern empfehlen, sich unter feinen Umständen von den höheren Löhnen in den Städten verlocken lassen, sondern in Ekelnd des Landarbeiters ihr ganzes Leben zu verbringen? — Das kann man doch nicht annehmen. So schlimm die Verhältnisse in den armen Städten für die Arbeiter sind, die Verhältnisse auf dem Lande sind doch noch schlechter. Deshalb wollen die Arbeiter nicht unter die Fuchtel des Großgrundbesitzers gerückt werden. Alle Söhne der Großgrundbesitzerfamilien dem Rale des Ministers gefolgt und nicht dem Rale nach Berlin gefolgt wären, so würden wir wohl einige Minister weniger haben. (Heiterkeit.) Schlimm stände es um unser Land, wenn die Arbeiter nicht den Drang hätten, den unverständigen Verhältnissen auf dem Lande zu entfliehen, wo sie schlecht behandelt werden, ja nicht einmal das Koalitionsrecht haben. Solange Sie die Landarbeiter als Arbeiter zweiter Klasse behandeln, solange Sie ihnen nicht die gleichen Rechte wie den Industriearbeitern gewähren, haben Sie kein Recht, über die Landflucht zu klagen. Die Ostelbier wollen ja übrigens die Industriearbeiter gar nicht zurückhaben, das haben die jüngsten Verhandlungen im Herrenhaus gezeigt.

Herr Camp möchte den Arbeitern bis zum 18. Jahre die Freizügigkeit nehmen. Graf Posadowsky hatte ganz recht, als er diese Forderungen auf das schärfste zurückwies. Herr Hahn hat ja sogar verlangt, daß die Arbeiter mit Gewalt dorther gestoppt werden, wo Arbeitermangel ist. Die Arbeiter werden Ihre Absichten richtig zu würdigen wissen. Sie passen mit Ihren Vorschlägen nicht mehr in die Verhältnisse hinein. (Lachen des Abg. Arentz.) Eben weiß es ganz unmöglich ist, Ihren Forderungen heute noch Rechnung zu tragen, deshalb hat auch Graf Posadowsky sich so scharrt gegen Sie gewandt. Wir wenden uns gegen die Einführung fremder Arbeiter nicht aus chauvinistischen Gründen, sondern weil sie tatsächlich nur zu Lohndrücken verwendet werden. — Ich muß noch kurz auf die Frankfurter Vorfälle eingehen. — Graf Posadowsky jagte neulich sehr richtig, man muß der Polizei bei uns viel zu viel zu. In Frankfurt a. M. hat die Polizei eine Rolle gespielt, die geradezu ein Skandal ist. Wir haben eine Ansammlung von Arbeitslosen gehabt, ganz naturgemäß, weil dort, wo die Ansammlung war, der Arbeitsmarkt eines Hauses verteilt wird. Wer die Frankfurter Straßen und baulichen Verhältnisse kennt, wird wissen, daß ebenso natürlich die Arbeitslosen hernach in Gruppen abzogen. Hierbei ist es nun zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. Der Grund dieser Zusammenstöße lag aber nicht etwa darin, daß die Arbeitslosen Ausschreitungen begangen hätten, nein, im Gegenteil, die Polizei hat diese Ausschreitungen geradezu provoziert. (Hört, hört bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Büsing: Herr Abgeordneter, Sie dürfen nicht von der Polizei eines deutschen Bundesstaates behaupten, daß ihre Rolle ein Skandal sei und daß sie Ausschreitungen provoziert, ich bitte Sie, sich in Ihren Aufführungen zu mäßigen. (Bravo! rechts.)

Abg. Hoch (fortfahren): Die Frankfurter Arbeiter sind bekannt wegen ihrer ruhigen Art. Die Frankfurter Polizei aber hat nicht Ausschreitungen verhindert, sondern sich vielmehr so besonnen, daß Ausschreitungen eintreten muhten. Augenzeuge berichten, daß die Polizei durch ihr ungeschicktes Benehmen die Unruhen förmlich provoziert hat. Redner verliest einen Artikel eines Frankfurter Blattes, wonach die Polizei mit Ochsenzähnen rücksichtlos auf die Wenge eindrang. Wer nicht rechtzeitig flüchtete, lief Gefahr, einfach niedergeschlagen zu werden. Man bemerkte eine Anzahl Frauen, die ganz zuf

wenn die unteren Beamten auf das Aushausgeschäft nicht erst warten, sondern gleich mit Drähten und Gummilätzchen auf die Arbeiter einschlagen. Ihre schlechte Meinung von der Polizei in allen Ehren, aber in Ihrer Praxis handeln Sie doch ganz anders. Sie würden die Polizei nur da nicht, wo es gilt, die Unternehmer und Großgrundbesitzer zu belästigen; wenn es sich um die Beleidigung der Arbeiter handelt, dann schreien Sie noch viel mehr Polizei. (Mücke des Präsidenten.)

Vicepräsident Büsing: Herr Abgeordneter, ich möchte Sie bitten, nicht immer den Herrn Staatssekretär direkt anzureden, sondern zum Hause zu sprechen.

Abg. Hoch (fortschr.): Man behauptet, daß der Staat nicht nur eine notwendige, sondern eine wohltätige Einrichtung sei. Die Politik, die Sie jetzt gegenüber der Frage der Arbeitslosigkeit betreiben, gegenüber dem angeblichen Notstand der Reichen im Lande, der Großgrundbesitzer, die zeigt allerding auch dem am wenigsten ausgestruhlten Arbeiter, was dieser Staat für eine Einrichtung ist, eine Einrichtung zur verbrecherischen Ausbeutung und der Knüppelpelei der Arbeiter. (Unruhe rechts.) Bravo! b. d. Soz. (Glocke des Präsidenten.)

Vicepräsident Büsing: Herr Abgeordneter, wegen des leichten Ausdrucks rufe ich Sie zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär Graf Posadowitsch: Der Herr Vorredner hat behauptet, daß in den Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwunges nichts zum Schutz der Arbeiter geschehen sei. Ich erinnere Sie daran, daß in dieser Zeit die große Reform der Alters- und Invalidenversicherung und die Unfallgefege verabschiedet sind, durch die in erheblichem Maße die Versicherungen besser gestellt und die Unternehmer belastet werden. Die Behauptung des Herrn Hoch war also tatsächlich unrichtig. — Der Herr Vorredner macht ferner der Regierung den Vorwurf, daß sie die freien Arbeiter hereinläßt. Auch ich bedauere tief das Herrenfränen fremder Arbeiter aus sozialpolitischen und ethischen Gründen. Aber wie soll sich denn die Landwirtschaft helfen, soll sie ganz zu Grunde gehen? Die Arbeiter vom Lande gehen in die Städte, vom Auslande sollen keine Arbeiter hereinkommen, woher soll dann die Landwirtschaft ihre Arbeiter nehmen? Die kleinen Bauern werden heute vielfach direkt zur Verzweiflung getrieben, weil sie zu den nötigsten Arbeiten keine Arbeiter finden. Sie sagen nun, die Löhne auf dem platten Lande sind zu schlecht. Dann müssen Sie aber die Landwirte in die Lage versetzen, höhere Löhne zahlen zu können, wenn Sie nicht agitatorische, sondern praktische Politik treiben wollen. Wenn Sie aber die fremdländischen Arbeiter nicht hereinläßt und anderseits die Landwirtschaft nicht durch Zölle schützen wollen, so treiben Sie eine Politik, bei der die Landwirtschaft zu Grunde geben muß. Die Dinge liegen wirklich sehr ernst.

Abg. Hoch hat die von mir verlesenen Berichte angegriffen. Ich habe aber nicht die Verantwortung für diese Berichte übernommen, dazu bin ich gar nicht in der Lage, ich habe nur auf Grund der Mitteilungen der Einzelstaaten ein Bild der Verhältnisse gegeben. Sie (zu den Sozialdemokraten) machen den Reichskanzler

oder die verbündeten Regierungen verantwortlich für alles, was in einem Einzelstaat geschieht. Das ist staatsrechtlich vollkommen ungültig. Ein Unbedeutender, der heute die Rede des Abg. Hoch gehört hat, müßte glauben, ich sei der preußische Minister des Innern. Soll ich die Verantwortung übernehmen für alles, was in einem Bundesstaat geschieht? Das ist eine staatsrechtlich vollkommen unmögliche Konstruktion, die die Souveränität der Einzelstaaten aufhebt. Die gegen die Polizei vorgebrachten Beschwerden gehören nicht vor den Reichstag, sondern vor das preußische Abgeordnetenhaus. Es hat gar keinen Zweck, diese Beschwerden vorzubringen gegenüber einem Regierungsvorsteher, der gar nicht verantwortlich ist. Allgemeine Befreiungen haben gar keinen Zweck. Für diese Angelegenheit sind die preußischen Minister verantwortlich. Zeigen Sie (zu den Sozialdemokraten) mir die Stelle der Verfassung, auf Grund deren Sie diese Angriffe hier erheben.

Ich bedauere die Neuherfung des Vorredners, die Polizei habe diese Ausschreitungen provoziert, ich habe aber weiter ein Recht noch die Meinung, mich in diese Debatte einzumischen. Ich stelle Ihnen anheim, einen Abgeordneten des preußischen Abgeordnetenhauses zu veranlassen, die Sache dort zur Sprache zu bringen; dann wird er die genügende Antwort darauf bekommen.

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Graf Hobenthal: Herr Hoch scheint zu glauben, eine unrichtige Behauptung werde dadurch richtig, daß man sie wiederholt. Herr Hubbell hat am 17. d. M. gefragt, die sächsische Eisenbahnverwaltung habe den Notstand ausgebaut und Arbeiter entlassen. Ich habe am Sonnabend nachgewiesen, daß die sächsische Eisenbahnverwaltung keine ständigen Arbeiter entlassen hat, obwohl Mangel an Beschäftigung vorliegt. Es sind nur einige vorübergehend beschäftigte Arbeiter, denen vorher besondere mitgeteilt war, daß sie nur zu Sommerarbeiten angenommen seien, entlassen worden. Die Leiter der staatlichen Unternehmungen sind angewiesen worden, in erster Linie derartige entlassene Arbeiter anzunehmen. Alle ehrlichen Leute müssen ein solches Vorgehen für arbeitsfreundlich halten. Ich stelle den Herren (zu den Sozialdemokraten) anheim, die Richtigkeit meiner Behauptungen durch ihre Belehrungen in sächsischen Arbeitertreffen nachzuprüfen. Auch die Bauunternehmer, mit denen der Staat Verträge abgeschlossen hat, sind angemessen worden, derartige früher bei der Eisenbahnverwaltung vorübergehend angestellte Arbeiter zu berücksichtigen, ebenso wie deutsche Reichsangehörige vor ausländischen Arbeitern zu bevorzugen.

Geh. Rat Wehrmann: Ich wiederhole, daß in der Beziehung der Strecke nichts geändert worden ist. Weder Beamte noch Hilfsbeamte sind entlassen worden. Wenn sich der Verkehr auch gesteigert hat, so war diese Steigerung doch so, daß sie eine Vermehrung des Personals nicht notwendig machte. Es hat vielmehr eine Verminderung der offenen Liebergänge stattgefunden. Gegenüber dem Vorwurf der Rohrbrüderkeit verweise ich darauf, daß die Löhne der preußischen Eisenbahnarbeiter in den letzten 10 Jahren um 22,8 Prozent gestiegen sind. (Hört! hört! rechts.)

Abg. Hobenthal (nat.-lib.) sucht nachzuweisen, daß an dem Hörer

Bergwerk Gold verloren gegangen sei. Was die Interpellation betrifft, so freue ich mich, daß sie ruhig und sachlich begründet ist. In Berlin scheint die Arbeitslosigkeit recht groß zu sein, aus Westen kommen weniger Klagen. Das Kohlenmonopol hat die Arbeitslosigkeit durchaus nicht gefördert. Nur der eine Vorwurf trifft das Kohlenmonopol, daß es nicht noch mehr den Preistreibereien der Händler entgegengestellt ist. Wenn übrigens aus diesem Hause der Antrag gestellt würde, die Kartelle unter Staatsaufsicht zu stellen, so würde ich diesem Antrag zustimmen, denn das Kohlenmonopol hat nichts zu verbergen.

Ich möchte den Herrn Staatssekretär des Innern bitten, den Reichskanzler zu veranlassen, doch endlich die wasserwirtschaftliche Vorlage wieder vorzulegen. Das würde der Arbeitslosigkeit im großen Ganzen abhelfen. Die preußische Regierung wird sich entschließen müssen, die Kanalvorlage bald wieder vorzulegen. (Hörerleit.) Dauernde Abhilfe kann nur durch eine vernünftige Handelspolitik geschaffen werden. Aber mit den Söhnen, wie Sie (nach rechts) sie verlangen, machen Sie keine Handelsverträge. Der größte Teil meiner Freunde wird für einen baraturigen Tarif nicht zu haben sein. Wenn wir im Solltarif unterschlagsliche Mauern aufführen, so daß unsere Industrie nicht mehr exportieren kann, dann werden wir schließlich nicht mehr Waren, sondern nur noch Menschen ausführen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Bachofen (stell. Vg.): Eine staatliche Regelung der Produktion und Konsumtion wird die Schwankungen im wirtschaftlichen Leben nicht verhindern. Der Kriegsgingenmanche Warnungszeichen voraus, so der Reichsbankschluss von 7 Prozent für Wechsel und 8 Prozent für Darlehen. Bei der Finanzkrise im vorigen Jahre wurden durch Schonung bei der Einkommensteuererziehung etc. besondere Rücksichten geübt. Um so erforderlicher sind solche Rücksichten gegen arbeitslos gewordene Arbeiter. Besonders verwerthlich ist aber eine Holzpolitik, die den Arbeitern noch die Einführung fürchten will. Der Regierung freilich ist jeder Hinweis auf den Zusammenhang zwischen Krise und Holzpolitik unangenehm. Über den Nutzen des Arbeitsnachweises herrscht Uneinstimmung. Das wichtigste ist hier ein variativer Arbeitsnachweis. Ein solcher Antrag ist von mir und Herrn Noacke eingebrochen worden, und wir hoffen, daß er die Mehrheit des Hauses haben wird. Zur Frage einer Arbeitslosenversicherung scheint mir der jetzige Moment am geeignetesten. Das ist eine Arbeitslosenversicherung nicht unmöglich ist, haben die Gewerkschaften bewiesen. Sehr wichtig ist auch zur Lösung dieser Frage eine Arbeiterstatistik, daher begrißen wir die Schaffung einer arbeitsstatistischen Abteilung im reichsstädtischen Amt. (Bravo! links.)

Ein Vertragsantrag wird hierauf angenommen. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Wahlprüfungen und kleinere Vorlagen.)

Erwerbt das Bürgerrecht!

Glasweiser Wein-Ausschank der Deutschen Central-Bodega
direkt vom Fass von:
Portwein, Sherry, Vermouth,
Süsser Ober-Ungar
bei Fr. Hornig, Restauration
Gaustraße 9. [573]

Monatsgarderobe.
J. Kindermann, Salzgäßchen 9, I.
am Markt u. Rathaus.

Empfohlen in reicher Auswahl allerfeinst Winter-Pastets, komplette Anzüge, alle Facons u. Weiten, Eleg. Fracks u. Kleidungsanzüge, auch selbweise.

Näh- und Wringmaschinen
in allen Preislagen unter Garantie,
Plissé-Prestrel empf. Katharinenstr. 11.

Schnellschöler mit Dampfbetrieb
Münzgasse 7. Vorblätter f. 5, 4½, 4
D. 3½ b. 4, 6, Kinder
2½, 6 an nach Größe. Gummizüge f. 5, 6
u. D. 1. Plättchen schnell, gut, billig.

Echt russ. Knöterich
von Apotheker M. Wagner.

Hervorragend bewährtes Mittel gegen Husten und Brustbeschwerden, bei Erkrankungen der Lungen, der Luftröhre und des Halses. Für Originalzug aus Russland nur kräftige Präparate wird garantiert, ohne marktschreierische Reklame zu machen. In Kartons zu ca. 200 Gramm M. 1.— und zu 85 Gr. 50 Pf. Allein bei C. Stück Nachf., Petersteinweg 7; Minerva-Drogerie, Blasewitz, Karl Heine-Str. 75; Hofapotheke, Gaustraße; Johanniskrankenhaus, Dresden Str. Monatliche auf den Namenszug. [582]

**Die Austräger
d. Leipzig. Volkszeitung
besorgen
die Witzblätter**
Der Wahre Jakob
10 Pfennige
Südd. Postillon
10 Pfennige
Neue Glühlichter
10 Pfennige
Simplicissimus
15 Pfennige.

Von der Maas bis an die Memel,
Von der Elbe bis an den Balt.
Mit der edlen Wurm der beste
Schnaps, der Dich gesund erhält.
Verl. Sie ausdrückt. Worms Magendoktor.
Vertreter Chr. Müller, Eisenbahnstr. 100.

Grosse Garderobe-, Wein- u. Gemälde-Auktion.

Achtung!

Achtung!

Heute vom 21. bis 31. Januar von vormittags 9 Uhr bis abends 9 Uhr versteigere ich hier, Tauchaer Straße 19 (Laden), für ca. 10.000 Mk. Herren- und Knaben-Garderobe: Überzieher, Tropfen, Kinderhäubchen etc. Desgleichen für Liebhaber u. Oelgemälde von herausragenden Persönlichkeiten, Landschaften etc. Ferner für ca. 20.000 Mk. div. Rot-, Süd- und Weissweine etc. [572]

O. Brückner, Auktionator, Hallesche Str. 16.

Dampfbäder, russische, römisch-kritische, Voll- und Tei-Dampfbäder, Glücksäuden, Spezialformen, anerkannt vorz. Massage, Damezeit von 1—4 Uhr nachm. Schwimmbassin, feststallares Wasser, Damezeit: Montag, Mittwoch, Sonnabend v. 2—4½ Uhr nachm.; Dienstag, Donnerstag, Freitag von ½—1½ Uhr vorm., außerdem Montags abends von ½—8—9 Uhr. Bannenbad u. II. Klasse für Damen u. Herren zu jeder Tagesszeit. Die Anstalt ist für alle Bäder von früh 6 bis abends 8 Uhr geöffnet. [12551]

Bericht über den Schlachtviehmarkt auf dem städtischen Viehhof zu Leipzig am 20. Januar 1902.

a) Auftrieb:

618 Rinder und zwar 205 Ochsen, 21 Kalben, 257 Kühe, 180 Bullen; 228 Küller; 552 Stiere Schafvieh; 1420 Schweine und zwar 1420 deutsche, — aus

2822 Tiere.

b) Marktpreise für 50 kg in Mark.

| Tier-gattung | Bezeichnung | Lebend- Gewicht. | Schlach- Gewicht. |
|-------------------|--|---------------------|----------------------|
| Dören: | 1. vollfleischige, ausgemästete höchste Schlachtwerte bis zu 6 Jahren | — | 68 |
| | 2. junge fettige, nicht ausgemästet — ältere ausgemästete | — | 64 |
| | 3. mäßig genährt junge, gut genährt ältere | — | 58 |
| | 4. gerling genährt jeden Alters | — | 52 |
| Rinder und Kühe: | 1. vollfleischig, ausgemästet Kalben höchste Schlachtwerte bis zu 7 Jahren | — | 67 |
| | 2. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchste Schlachtwerte bis zu 7 Jahren | — | 63 |
| | 3. ältere ausgemästete Kühe u. wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben | — | 57 |
| | 4. mäßig genährt Kühe und Kalben | — | 52 |
| | 5. gerling genährt Kühe und Kalben | — | 45 |
| Kühe: | 1. vollfleischige höchste Schlachtwerte | — | 61 |
| | 2. mäßig genährt jüngere und gut genährt ältere | — | 56 |
| | 3. gerling genährt | — | 52 |
| Rinder: | 1. feinste Rasi. (Boslimbach-Rasi) und beste Sangälber | 44 | — |
| | 2. mittlere Rasi. und gute Sangälber | 40 | — |
| | 3. gerlinge Sangälber | 30 | — |
| | 4. ältere gerlinge Sangälber (Fresser) | — | — |
| Schafe: | 1. Wolllämmere und jüngere Wollschafe | 82 | — |
| | 2. ältere Wolllämmere und jüngere Wollschafe | 80 | — |
| | 3. mäßig genährt Hammel und Schafe (Merzschafe) | — | — |
| | 4. vollfleischige der seinerartigen Rassen u. deren Kreuzungen im Alter bis zu 1½ Jahren | — | 64 |
| | 5. fettige | — | 60 |
| | 6. gerling entwickelte, sowie Sauen und Eber | — | 54 |
| | 7. ausländische (aus) | — | — |
| c) Verkauf: | 526 Rinder u. zwar 173 Ochsen, 19 Kalben, 215 Kühe, 119 Bullen | | |
| | 298 Küller | | |
| | 585 Schafe | | |
| | 1307 Schweine | | |
| d) Geschäftsgang: | | langsam | |

Altes Gold faust, höchst Breiten Ilmenacher Booken. Metalle ic. faust u. holt auf Wunsch ab. Namit. Steinweg 38. R. Röder, Gerberstr. 9. Telefon 7387

PATENTE. Gebrauchs-Muster.

Patentanwalt Ed. Breslauer, Johanniskasse 3
Mitglied des Verbandes Deutscher Patentanwälte.

Neugebauer, stadt. gebild., staatl. nicht gepräst. Praktikant d. Homöopathie u. Naturheilkundemethode, früher an Dr. Willm. Schwabes Poliklinik, bestdt. u. lang. Erf.

Gesellschaftspraxis, M. n. Dr. Max. Pfeifer, Klemm-, Plaggen-, Parm-, Hanf-, Leder-, Krampfadern etc. mit nachweislich

erfolgreichen Erfolgen. Reichstr. 33/35. Spezial-9,2-5,8, Sonnt. 10-11, u. ausl. br. leist.

Empfehl. meine **Damenbinden** + Gummidächer für Massage, Wochen- und Krautspülung. [8110] Hühneraugenhobel. Halstücher für zahnende Kinder. Preisliste 30 Pf. Frau Auguste Graß, Nikolaistraße 4.

Käufe und Verkäufe.

Nähmaschinen

von Pfaff, sowie Söldel & Naumann sind die besten Fabrikate.

Ringmaschinen mit besten starken Lager aller Zubehörteile.

Reparaturwerkstätten für Maschinen u. Fahrräder all. Fabrikate. Kunstige Teilszahlungsbedingungen.

Unterricht in der Kunststickerei etc.

Wilhelm Frenzel

1. Gesch.: L.-Neustadt, Eisenbahnstr. 31.

2. Gesch.: Leipzig, Zeitzer Straße 31.

Dauerholz Bettstellen mit guten Sprungfedern (beste Arbeit) 25 Mk. [516]

Dresdener Straße 23, Seltenges. I. G. Böhml, Tapeten. (vis-a-vis Pantheon).